



# Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien

Carsten Stahmer

**Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie  
für eine zukunftsfähige Grundsicherung**

Ronald Schettkat

**Zukunft der Arbeit: Dienstleistungen  
zwischen Eigenarbeit und  
Professionalisierung**

Gerhard Scherhorn

**Demokratisierung des Wohlstands**

**Herausgeber:**

Wuppertal Institut  
für Klima, Umwelt, Energie GmbH  
Döppersberg 19

42103 Wuppertal

**Autoren:**

Carsten Stahmer

Ronald Schettkat

Gerhard Scherhorn

„Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen Interessenten frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

“Wuppertal Papers” are discussion papers. Their purpose is to introduce, at an early stage, certain aspects of the Wuppertal Institute’s work to interested parties and to initiate critical discussions. The Wuppertal Institute considers its scientific quality as important, however, it does not essentially identify itself with the content.

# **Vorwort**

## **Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien**

Die in diesem Diskussionspapier zusammengefassten Beiträge von Carsten Stahmer (Halbtagsgesellschaft: konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grundsicherung), Ronald Schettkat (Dienstleistungen zwischen Eigenarbeit und Professionalisierung) und Gerhard Scherhorn (Demokratisierung des Wohlstands) beruhen auf einer Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des Wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquiums des Wuppertal Instituts. In dieser von Ronald Schettkat im Jahr 2007 organisierten Seminarreihe wurden am Wuppertal Institut ausgewählte Fragestellungen im Spannungsfeld von Wirtschaftswachstum und Nachhaltiger Entwicklung diskutiert. Mit der Präsentation seines Konzeptes einer Halbtagsgesellschaft, die einen radikalen Bruch mit konventionellen Arbeitsarrangements und eine drastische Ausweitung informeller Versorgungssysteme (informelle Arbeit, räumliche Substitution, Zeittauschringe) vorsieht, hatte Carsten Stahmer einen Stein ins Wasser geworfen, der große Diskussionen an die Ufer der Wupper spülte und Reaktionen provozierte.

Im Rahmen seiner „konkreten Utopie“ Halbtagsgesellschaft schlägt Carsten Stahmer vor, die Erwerbsarbeitszeiten so weit zu kürzen, dass alle Erwerbsfähigen die Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten und zusätzlich noch das unbezahlte soziale Engagement wesentlich verstärkt werden kann. Ziel des Gesellschaftsmodells ist es, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit den gleichen gesellschaftlichen Rang erhalten. Gleichzeitig soll durch Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an beiden Arbeitsbereichen angestrebt werden. Um die Attraktivität unbezahlter Arbeit zu erhöhen, sollen die sozialen Netzwerke ausgebaut und eine Vergütung gegen Zeitguthaben eingeführt werden.

Die Vorschläge von Carsten Stahmer provozierten eine Reaktion von Ronald Schettkat. In seinem Beitrag führt er Argumente an, warum aus seiner Sicht die Leistungsfähigkeit der formellen Ökonomie noch längst nicht ausgereizt ist, warum uns die Arbeit nicht ausgeht, warum sie keinesfalls unbezahlbar wird und warum räumliche Substitution und informeller Realtausch nicht nur Ineffizienzen kreieren, sondern auch die von Carsten Stahmer erhoffte menschliche Wärme der Austauschbeziehungen in das Gegenteil, in die unmenschliche Kälte und direkte Abhängigkeit umschlagen können. Nach seiner Auffassung romantisiert die Forderung einer Abkehr von der Geld- zurück in eine Realtauschökonomie den wirtschaftlichen Austausch und nimmt ihr keinesfalls das Ökonomische, sondern reduziert lediglich den Wohlstand. Produktivitätsfortschritte wurden

immer auch in Form von kürzeren Arbeitszeiten in Wohlstandsgewinne transformiert, wie die historische Entwicklung der Arbeitszeiten in Industrieländern eindrucksvoll belegt. Die Forderung einer Halbtagsgesellschaft wolle jedoch formelle Arbeit durch Haushaltsproduktion ersetzen, sie wolle nicht Effizienzgewinne nutzen, sondern hoch-effiziente Produktionsformen durch weniger effiziente ersetzen. Schettkat gibt deshalb zu bedenken, ob nicht gesellschaftliche Effizienzgewinne besser zur Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu nutzen (von Bildung über Kultur bis zur Pflege) genutzt werden sollten statt Ineffizienzen zu kreieren.

Gerhard Scherhorns Beitrag kann als Reaktion auf die Reaktion gelesen werden. Er stützt den Stahmerschen Gedanken einer „Halbtagsgesellschaft“ in Anknüpfung an Dahrendorfs „Tätigkeitsgesellschaft“, in der auf gesicherter ökonomischer Basis die Tätigkeitsräume der Menschen erweitert werden. Er begründet das zum einen mit der Erwartung, dass die Überführung informeller Tätigkeiten in Erwerbstätigkeiten zwar keineswegs abgeschlossen ist, ihr aber doch engere Grenzen gesetzt sind als Schettkat annimmt, weil ein Teil dieser Tätigkeiten erwerbswirtschaftlich nicht in angemessener Qualität leistbar und ein anderer Teil nicht angemessen bezahlbar sei. So kann er sich namentlich die Bürgerarbeit als ein eigenes Versorgungssystem neben dem Markt vorstellen. Zum anderen argumentiert er, dass die gegenwärtige Beschäftigung in ehemals informellen Diensten zu sehr dem gegenwärtig vorherrschenden Modell der oligarchischen Einkommensverteilung folgt, als es auf Dauer gesellschaftlich zu rechtfertigen sein wird. Er hält Harrods Vorstellung vom „demokratischen Wohlstand“ für zukunftsfähiger, eine Verbindung gerechterer Verteilung mit kürzeren Arbeitszeiten, die Raum für informelle Tätigkeiten lässt.

Die drei hier skizzierten Szenarien machen deutlich, dass verschiedene Zukünfte der Arbeit vorstellbar sind. Sie sind von unterschiedlichen Wertvorstellungen geprägt und mit verschiedenartigen Gestaltungsansätzen verbunden. Gesellschaft und Politik sind aufgerufen zu diskutieren, welche Entwicklungsrichtung wahrscheinlicher und welche zukunftsfähiger erscheint. Dazu wollen die drei Beiträge Impulse setzen.

Carsten Stahmer – Ronald Schettkat – Gerhard Scherhorn

## **The future of paid and non-paid work: Three scenarios**

This discussion paper outlines articles from Carsten Stahmer (Halbtagsgesellschaft: konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grundsicherung / Part-time society: concrete utopia for a sustainable provision of basic social security), Ronald Schettkatt (Dienstleistungen zwischen Eigenarbeit und Professionalisierung / Supply of services between one's own work and professionalising) and Gerhard Scherhorn (Demokratisierung des Wohlstands / Democratisation of wealth), which are based on a series of events organised in the context of the Wuppertal Institute's scientific colloquium on economics. The lecture series organised by Ronald Schettkat at the Wuppertal Institute in 2007 dealt with discussions about selected questions in the conflicting fields of economic growth and sustainable development.

The three scenarios, presented in this paper, demonstrate the possibility of different future work models. They are based on different moral concepts and on diverse conceptual approaches and want to give an impetus to society and policy to discuss which of the trends seems more likely and which of them seems more sustainable.



# Inhalt

Die Zukunft der Arbeit: Drei Szenarien	3
--	---

**Carsten Stahmer:**  
**HALBTAGSGESELLSCHAFT – KONKRETE UTOPIE**  
**FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE GRUNDSICHERUNG**

1	Solidarität statt Konkurrenzkampf – Subsidiarität statt Zentralisierung	9
2	Fünf Zielvorgaben für eine zukunftsfähige Grundsicherung	13
2.1	Erwerbsarbeit teilen – Arbeitsplätze für alle Erwerbsfähigen	13
2.2	Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit	16
2.3	Gleiche Teilhabe der Geschlechter an bezahlter und unbezahlter Arbeit	20
2.4	Soziale Netzwerke stärken	25
2.5	Berufliche und soziale Kompetenzen steigern	28
3	Tradition und Zukunftsglaube	30
	Literatur	31

**Ronald Schettkat:**  
**ZUKUNFT DER ARBEIT: DIENSTLEISTUNGEN ZWISCHEN**  
**EIGENARBEIT UND PROFESSIONALISIERUNG**

	Abstrakt	35
1	Einleitung	36
2	Wie viel Wachstum ist zur Stabilisierung von Beschäftigung nötig? Geht uns die Arbeit aus?	38
3	Was wächst? Was soll wachsen?	40
4	Zeitwohlstand	42
5	Professionalisierung USA, Kanada, Großbritannien, Schweden, Niederlande	47
6	Zeit als Währung? Mehr Menschlichkeit durch ineffizienten Tausch?	50
7	Zusammenfassende Schlussfolgerungen	52
	Literatur	53

**Gerhard Scherhorn:**  
**DEMOKRATISIERUNG DES WOHLSTANDS**

Worum geht es?	57
1 Nichterwerbsarbeit hat ihren eigenen Rang	59
Die Suche nach treffenden Begriffen	59
Grenzen für die Kommoditisierung der Eigenarbeit	61
Bürgerarbeit als ein soziales System wie der Markt	64
2 Vollbeschäftigung in der Tätigkeitsgesellschaft	67
Demokratisierung des Wohlstands	67
Sozialbindung des Kapitals	68
Zweifache Erhöhung des Zeitwohlstands	71



# HALBTAGSGESELLSCHAFT – KONKRETE UTOPIE FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE GRUNDSICHERUNG

Carsten Stahmer<sup>1</sup>

## 1 Solidarität statt Konkurrenzkampf – Subsidiarität statt Zentralisierung

Wenn man den Begriff Grundsicherung bei Google eingibt, so erhält man eine Fülle von Informationen über staatliche Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit sowie von Alter und Erwerbsminderung. Ähnlich werden bei dem Stichwort Kindergrundsicherung staatliche Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Kinder angesprochen. Wie selbstverständlich wird eine für die Menschen lebenswichtige Frage nur unter finanziellen Aspekten gesehen, mögliche Hilfe nur vom Staat erwartet. Auf die allgemeineren gesellschaftlichen Bedingungen, die uns eine echte Chance geben könnten, unser Leben auf eine gesicherte Grundlage zu stellen, wird nicht eingegangen.

Dieser Zugang zum Begriff der Grundsicherung ist nicht zufällig. Er spiegelt den dominierenden Einfluss der Ökonomie auf die Lebensverhältnisse der Einzelnen wider, ihre Vereinzelung und ihr Angewiesensein auf staatliche Hilfen im Notfall.

Unter dem Konkurrenzdruck des Arbeitsmarktes werden die Erwerbstätigen immer mehr auf sich selbst gestellt. Gewünscht ist der mobile Single ohne lästigen Anhang, der als freischwebende Monade je nach betrieblichen Erfordernissen räumlich und zeitlich hin und her geschoben werden kann. „Die Grundfigur der *durchgesetzten* Moderne ist – zu Ende gedacht – der oder die *Alleinstehende*. In den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wird von den Erfordernissen der Familie, Ehe, Elternschaft, Partnerschaft usw.

---

<sup>1</sup> Universität Heidelberg. Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor im August 2007 am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie hielt. Wesentliche Anregungen für eine Überarbeitung und Erweiterung des dargestellten Ansatzes gaben die Diskussionsbeiträge von Ronald Schettkat und Gerhard Scherhorn sowie die Diskussion am Wuppertal Institut über Fragen der Grundsicherung und eines Grundeinkommens. Eine erste Version der vorliegenden Fassung wurde bei dem Wirtschaftsethiktag in Bregenz im Februar 2008 vorgestellt. Der Autor bedankt sich bei Christian-Paul Berger für anregende Diskussionen während dieser Veranstaltung. Katrin Schulz gab dem Autor wichtige Hinweise für eine weitere Überarbeitung des Textes. Wertvolle Kommentare gab auch Oscar Reutter.

abgesehen. Wer in diesem Sinne die Mobilität am Arbeitsmarkt ohne Rücksicht auf private Belange einklagt, betreibt – gerade als Apostel des Marktes – die Auflösung der Familie.“<sup>2</sup>

In seiner Freizeit ist der Erwerbstätige als fleißiger Konsument willkommen, der an der Kasse von Supermärkten und Warenhäusern für mehr oder weniger nützliche Waren sein Einkommen wieder abliefern darf, damit es erneut den Wirtschaftskreislauf speisen kann. „Der einzelne wird zwar aus traditionellen Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst, tauscht dafür aber die Zwänge des Arbeitsmarktes und der Konsumexistenz und der in ihnen enthaltenen Standardisierungen und Kontrollen ein. An die Stelle *traditionaler* Bindungen und Sozialformen (soziale Klasse, Kleinfamilie) treten *sekundäre* Instanzen und Institutionen, die den Lebenslauf des einzelnen prägen und ihn gegenläufig zu der individuellen Verfügung, die sich als Bewusstseinsform durchsetzt, zum Spielball von Moden, Verhältnissen, Konjunkturen und Märkten machen.“<sup>3</sup> Individualisierung bedeutet für Ulrich Beck daher eine „Marktabhängigkeit in allen Dimensionen“<sup>4</sup>.

Verliert er seinen Arbeitsplatz, so wird er auf die Hilfe von anonymen staatlichen Behörden verwiesen, die seine Lebensverhältnisse durchleuchten, um ihm das Nötigste an finanzieller Unterstützung zu geben. Die Scheinfreiheit der individuellen, selbstbestimmten Existenz wird dann übergangslos gegen eine völlige Abhängigkeit von finanziellen Zuwendungen des Staates eingetauscht. Die Hartz IV-Gesetzgebung mit ihren Bedürfnisprüfungen und Zumutbarkeitsregeln für weitere Berufstätigkeit hat zur Genüge gezeigt, wie demütigend dann die Einzelnen der staatlichen Bevormundung ausgeliefert sind.

Es fällt nicht leicht, in dieser Situation Gegenmodelle zu entwickeln, in denen die gegenwärtigen Abhängigkeiten aufgebrochen werden können und ein erfülltes Leben ohne die Zwangsjacke ökonomischer und staatlicher Vorgaben möglich wird.<sup>5</sup> Es erscheint aus heutiger Sicht ausgesprochen weltfremd anzunehmen, dass die Wirtschaft ihre Herrscherrolle freiwillig aufgeben und sich in den Dienst der Menschen stellen könnte. Ebenso erscheint die Bereitschaft staatlicher Institutionen zu einem grundlegenden Wandel, der auch mit einem Machtverlust verbunden sein könnte, sehr gering.

Trotzdem soll hier der Versuch gewagt werden, eine alternative Form der Grund-sicherung zu beschreiben, die von einem Gesellschaftsmodell ausgeht, bei dem die Lebensbereiche jenseits von Erwerbsarbeit und Konsum, jenseits auch von staatlicher Bevormundung wesentlich gestärkt werden. André Gorz hat in seinem Buch *Arbeit zwischen Misere und Utopie* ein derartiges Gesellschaftsmodell beschrieben. Er fordert „neue soziale Beziehungen, die sich der Logik des Marktes, des Geldes, der

---

<sup>2</sup> Beck 1986, 199.

<sup>3</sup> Beck 1986, 211.

<sup>4</sup> Beck 1986, 212.

<sup>5</sup> Siehe hierzu auch Fromm 1976.

geschlechtsspezifischen Aufgabenverteilung entziehen, neue zeitliche Freiräume, die nicht der Lohnarbeit unterworfen sind, neue Produktionstechniken und ein neues Verhältnis zur Umwelt, die für das natürliche Gleichgewicht und andere Lebensformen Sorge tragen, etc. Im Zentrum all dieser Neugestaltungen steht die individuelle und kollektive Wiederaneignung der Zeit und der Zeiteinteilung.“<sup>6</sup> Seine Überlegungen ebenso wie die Vorschläge von Ulrich Beck zu einer Anderen Modernen waren wesentliche Grundlagen für das Konzept einer Halbtagsgesellschaft, das von dem Autor dieses Beitrages zusammen mit anderen WissenschaftlerInnen entwickelt wurde und bei den folgenden Ausführungen als Referenzmodell dient.<sup>7</sup>

Ermutigend bei diesem Versuch und auch hilfreich bei der Formulierung der einzelnen Bedingungen für eine Grundsicherung waren für den Autor die Leitgedanken der christlichen Sozialethik.<sup>8</sup> In dem *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, das vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden herausgegeben wurde, ist der zusammenfassende Schlussteil mit der Überschrift *Für eine Zivilisation der Liebe* versehen: „Die Liebe, die oft auf den Bereich naher Beziehungen oder auf die bloß subjektiven Aspekte des Handelns für den anderen beschränkt wird, muss in ihrer ursprünglichen Bedeutung als *oberstes und allgemeingültiges Kriterium der gesamten sozialen Ethik* wiederentdeckt werden. Von allen Wegen, auch jenen, die gesucht und gegangen werden, um den immer neuen Formen der aktuellen sozialen Frage zu begegnen, ist der eine Weg, ‚der alles übersteigt‘ (1 Kor 12,31), der Weg der Liebe.“<sup>9</sup> Mit der Vorrangstellung der Liebe könnte eine Gesellschaft aufgebaut werden, die sich deutlich von der heutigen, von ökonomischen Zwängen geprägten unterscheidet: „Das Verhalten der Person ist dann im vollen Sinne menschlich, wenn es aus der Liebe hervorgeht, die Liebe erfahrbar macht und auf die Liebe ausgerichtet ist. Diese Wahrheit gilt auch für den sozialen Bereich: Die Christen müssen sich mit tiefer Überzeugung zu ihr bekennen und mit ihrem Leben zu zeigen wissen, dass die Liebe die einzige Kraft ist, welche die Person und die Gesellschaft zur Vollkommenheit und die Geschichte zum Guten führen kann.“<sup>10</sup>

Der allgemeine Wunsch, einen Vorrang der Liebe in der Gesellschaft zu erreichen, kann natürlich noch keine konkreteren Handlungsanweisungen geben, wie diese Gesellschaft aussehen könnte. Dabei können vielmehr die grundlegenden Prinzipien der christlichen Soziallehre, nämlich Solidarität und Subsidiarität, weiterhelfen.

---

<sup>6</sup> Gorz 2000, 112.

<sup>7</sup> Siehe Schaffer, Stahmer 2005; Hartard et al. 2006; Stahmer 2006, 2008a. Die in den Abschnitten 2 (1) bzw. (3) dieses Beitrags gezeigten Modellergebnisse (siehe insbesondere Tabellen 1 und 2) geben einen ersten Einblick. Allerdings beschränkt sich die Ergebnispräsentation hier auf Angaben in Zeiteinheiten, für weitere Angaben in Geld- und physischen Größen sei insbesondere auf den Beitrag Stahmer 2008a verwiesen.

<sup>8</sup> Siehe hierzu Nell-Breuning 1985, 1987, 1990; Heimbach-Steins 2004, 2005; EKD, DBK 1997; PRGF 2006.

<sup>9</sup> PRGF 2006, 162.

<sup>10</sup> PRGF 2006, 411.

*Solidarität* bezeichnet „nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah und fern. Im Gegenteil, sie ist die *feste und beständige Entschlossenheit*, sich für das *Gemeinwohl* einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind“.<sup>11</sup> Wie bei den vier Musketieren in den Romanen von Dumas gilt der Wahlspruch: „Einer für Alle, Alle für Einen“. Solidarität kann sich auf das Verhalten der Menschen in kleinen Gemeinschaften, wie in der Familie, in der Nachbarschaft oder in der örtlichen Umgebung beziehen.<sup>12</sup> Es geht aber darüber hinaus und umfasst auch die Beziehungen innerhalb eines Staates oder einer Staatengemeinschaft. Heutzutage kommt gerade der Solidarität der Menschen in reichen Industrienationen mit den Nöten der Menschen in Entwicklungsländern eine herausragende Bedeutung zu. Diesem räumlichen Aspekt entspricht ein zeitlicher. Wir müssen uns mit den nächsten Generationen solidarisch erklären und in unserem ebenso wie in deren Interesse lebensfähige Bedingungen auf unserem Planeten erhalten.

Beim *Subsidiaritätsprinzip* wird davon ausgegangen, dass die kleinere gesellschaftliche Einheit zunächst besser geeignet ist, ihre Aufgaben selbst zu erfüllen.<sup>13</sup> Erst wenn das nicht möglich ist, sollte sie Unterstützung durch die größere Einheit im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe erhalten: „Was im Dorf, in der Ortsgemeinde geleistet werden kann, das trage man nicht an das große öffentliche Gemeinwesen Staat heran; was im engeren Kreis der Familie erledigt werden kann, damit befasse man nicht die Öffentlichkeit! Was man selbst tun kann, damit behellige man nicht andere. Das sind praktische Anwendungsfälle, aus denen unmittelbar abzulesen ist, worum es beim Subsidiaritätsprinzip geht. Man kann die Reihenfolge bilden: Selbsthilfe – Nachbarschaftshilfe – Fernhilfe.“<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Johannes Paul II, Enz. *Sollicitudo rei socialis*, 38, zitiert nach PRGF 2006, 154.

<sup>12</sup> Siehe hierzu auch bereits Richter 1974.

<sup>13</sup> Siehe hierzu auch die Diskussion der 80er Jahre in Heinze 1986.

<sup>14</sup> Nell- Breuning 1985, 55.

## 2 Fünf Zielvorgaben für eine zukunftsfähige Grundsicherung

Im Folgenden werden fünf Elemente einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Grundsicherung in Form von Zielen formuliert. Diese Übersicht kann natürlich nur einen ersten Versuch darstellen, der im Zuge der weiteren Diskussion erweitert und korrigiert werden müsste. Hingewiesen sei darauf, dass im Rahmen der zweiten Zielvorgabe auch eine zukunftsfähige Grundsicherung für Alleinlebende beschrieben wird, im Abschnitt über die dritte Zielgröße Fragen der Grundsicherung für Zweiergemeinschaften (mit und ohne Kinder) und im Zusammenhang mit dem vierten Ziel die Grundsicherung von größeren Wohngemeinschaften (mit und ohne Kinder).

### 2.1 Erwerbsarbeit teilen – Arbeitsplätze für alle Erwerbsfähigen

Es gehört zur Grundsicherung der Menschen, dass sie nach Abschluss ihrer beruflichen Ausbildung die Chance bekommen, ihren erlernten Beruf auch auszuüben. Damit wird nicht nur eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht, die Erwerbsarbeit ist auch ein wichtiger Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung.

Dieser Zugang ist allerdings nicht mehr selbstverständlich. Die Zeiten von Überbeschäftigung und hohen Wachstumsraten der Wirtschaft sind – zumindest in Deutschland, aber auch in vielen anderen hochindustrialisierten Ländern – längst vorbei.<sup>15</sup> Seit Jahren schleppen wir schon einen hohen Sockel von Arbeitslosigkeit mit, der auch in konjunkturell günstigen Zeiten nicht mehr wesentlich abgebaut werden kann. Die stetig zunehmende Arbeitsproduktivität sorgt dafür, dass die gleiche Wirtschaftsleistung mit immer weniger Arbeitsstunden erzielt werden kann. Es müssten schon sehr hohe Wachstumsraten erzielt werden, um die zunehmenden Produktivitäten wieder auszugleichen. Eine derartige Ausweitung der Wirtschaftsproduktion wäre aber allein schon unter ökologischen Gesichtspunkten unerwünscht. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit scheint daher vorprogrammiert.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt und den weiteren Aussichten siehe Gorz 1989, 2000; Beck 2000a; Brandl, Hildebrandt 2002; Spangenberg 2003.

<sup>16</sup> Auch der zu beobachtende demographische Wandel ist kein Zaubermittel gegen Arbeitslosigkeit. Die Verknappung an erwerbsfähigen Personen wird erst in zehn bis zwanzig Jahren eintreten, wenn die „Baby-Boomer“ das Rentenalter erreichen. Der Trend zur Erhöhung des Renteneintrittsalters wird dann aber gleichzeitig dafür sorgen, dass die Zahl der für den Erwerbsarbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung nicht wesentlich zurückgehen wird. Zur demographischen Entwicklung siehe Birg 2005 und Kaufmann 2005.

Unter diesen Bedingungen erscheint es umso dringender, Solidarität zu üben und die vorhandene Erwerbsarbeit unter alle Personen, die im erwerbsfähigen Alter und nicht aus Krankheitsgründen erwerbsunfähig sind, aufzuteilen. Rechnet man neben den offiziell Arbeitslosen auch die sogenannte Stille Reserve hinzu, so wäre zur Beschäftigung aller Erwerbslosen etwa eine Reduktion auf durchschnittlich 30 Wochenarbeitsstunden nötig.<sup>17</sup> Nicht berücksichtigt ist die „stillste“ Reserve, nämlich erwerbsfähige Personen, die noch nicht in Rente sind, aber sich unter den heutigen Arbeitsmarktverhältnissen um keinen Arbeitsplatz mehr bemühen.<sup>18</sup> Werden auch diese Personen einbezogen und wird zusätzlich das gesamte (Erwerbs-) Arbeitsvolumen um etwa ein Sechstel reduziert, um die Zeiten für unbezahlte soziale Aufgaben und für Weiterbildung um die Hälfte steigern zu können, so könnte eine 20- bis 25-Stunden-Woche (1000 Jahresarbeitsstunden) zur Regel werden.<sup>19</sup> Dieser Ansatz wurde im Rahmen des Modells der Halbtagsgesellschaft beispielhaft mit Angaben für das Jahr 2000 durchgerechnet.<sup>20</sup>

Die im Modell der Halbtagsgesellschaft vorgeschlagene Reduktion betrifft vor allem die Erwerbsarbeitsstunden der Männer, da der Jahresdurchschnitt ihrer Erwerbsarbeitsstunden in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich über demjenigen der Frauen liegt (1714 gegenüber 1165 Stunden, Angaben für 2000<sup>21</sup>). Während sich die Arbeitsstunden der Männer um etwa 42 Prozent absenken, reduzieren sich die entsprechenden Stunden der weiblichen Erwerbstätigen nur um knapp 15 Prozent. Werden in einem zweiten Schritt die Erwerbsfähigen zwischen 18 und 65 Jahren einbezogen, die bisher nicht erwerbstätig waren, so erhöhen sich die Erwerbsarbeitsstunden der Männer gegenüber der Ausgangssituation vor Einführung der Halbtagsgesellschaft um knapp ein Zehntel, diejenigen der Frauen dagegen um fast ein Drittel, da ihr Anteil an der erwerbslosen Bevölkerungsgruppe wesentlich höher war (siehe *Tabelle 1* mit Angaben für die Bundesrepublik Deutschland). Insgesamt wirkt sich die Halbtagsgesellschaft auf die Beteiligung der Geschlechter am Erwerbsleben ebenfalls sehr unterschiedlich aus. Während sich die Erwerbsarbeitsstunden der Männer um knapp ein Drittel vermindern, steigen die entsprechenden Arbeitsstunden der Frauen um fast ein Sechstel.

Hingewiesen sei darauf, dass die im Modell der Halbtagsgesellschaft vorgesehenen Wochenarbeitszeiten nur einen Durchschnittswert bilden und nicht bedeuten, dass die Erwerbstätigen diese Stundenzahl in jeder Woche zu absolvieren hätten. Dies wäre alleine schon wegen der zunehmenden Pendlerströme unter ökologischen Gesichtspunkten nicht ratsam.

<sup>17</sup> Siehe dazu das Modell einer 30-Stunden-Woche bereits bei Kurz-Scherf, Breil 1987.

<sup>18</sup> Dazu gehören z.B. Frauen, die Kinder großgezogen haben und dafür ihren früheren Arbeitsplatz aufgegeben hatten.

<sup>19</sup> Zu einer 25-Stunden-Woche siehe bereits Vilar 1990.

<sup>20</sup> Das Rechenmodell wird u.a. in Schaffer, Stahmer 2005 und – mit Aufgliederung der Angaben nach Geschlecht – in Stahmer 2008a beschrieben.

<sup>21</sup> Von 2000 bis 2004 haben sich nach den Berechnungen des IAB (Wanger 2006) die Jahresdurchschnitte bei den Männern um 2,3 %, bei den Frauen nur um 0,3 % vermindert. Die Veränderungen bei Einführung der 1000 Jahresstunden in der Halbtagsgesellschaft würden damit noch etwas geringer ausfallen als im vorliegenden Modell.

Tabelle 1: Erwerbstätigkeit

Nr.		Einheiten	Frauen 1	Männer 2	Insgesamt 3
	<b>Ausgangssituation 2000</b>				
1	Erwerbstätige	1000	17681	21067	38748
2	Jahresarbeitsstunden	Million	20593	36110	56703
3	Jahresdurchschnittliche Arbeitsstunden		1165	1714	1463
	<b>- Reduktion auf 1000 Jahresdurchschnittstunden</b>				
4	Jahresarbeitsstunden	Million	- 3013	- 15100	- 18112
5	Veränderung gegenüber Ausgangssituation	Prozent	- 14,6%	- 41,8%	- 31,9%
	<b>+ Zusätzliche Erwerbstätige</b>				
6	Erwerbstätige	1000	+ 6242	+ 3422	+ 9664
7	Jahresarbeitsstunden	Million	+ 6242	+ 3422	+ 9664
8	Veränderung gegenüber Ausgangssituation	Prozent	+ 30,3%	+ 9,5%	+ 17,0%
	<b>= Erwerbstätigkeit in der Halbtagsgesellschaft</b>				
9	Erwerbstätige	1000	23923	24489	48412
10	Jahresarbeitsstunden	Million	23822	24432	48255
11	Veränderung gegenüber Ausgangssituation	Prozent	+ 15,7%	- 32,3%	- 14,9%

Auch für die Organisation der Arbeitsplätze dürfte ein Vorherrschen von Teilzeitarbeit Probleme der Koordinierung der Arbeitsabläufe schaffen. Viel sinnvoller erscheint es, dass die Menschen für eine bestimmte Zeit, z.B. zwei oder drei Jahre, in Vollzeit (38- bis 40-Stunden-Woche) tätig sind und dann für einen längeren Zeitraum sich voll anderen Aufgaben im sozialen Bereich widmen (z.B. Kindererziehung, Pflege von Älteren, ehrenamtliche soziale Dienste für Personen außerhalb des eigenen Haushalts). Bei diesen wechselnden Tätigkeitsabschnitten in der Lebensbiographie müssten natürlich zusätzlich auch Zeiten für Weiterbildung eingeplant werden, um den erneuten Berufseinstieg zu erleichtern.

Heutzutage besteht die Tendenz, die Arbeitszeiten zu verlängern<sup>22</sup> und den Abstand zwischen überlasteten Vielverdienern und Geringverdienern mit Minijobs immer größer werden zu lassen. Das vorherrschende Konkurrenzdenken und die gegenwärtige Organisation des Arbeitsmarktes führen dazu, dass die meisten Erwerbstätigen zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes eher bereit sind, bei gleichem Einkommen länger zu arbeiten, als Arbeitszeiten an Arbeitslose abzugeben und entsprechend auch auf Einkommen zu verzichten. Hier wäre – gerade im Hinblick auf das Ziel der Solidarität mit den Arbeitssuchenden – ein Bewusstseinswandel dringend nötig.<sup>23</sup> Er müsste allerdings auch durch entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen unterstützt werden, die ein ausreichendes Einkommen der Arbeitsplatzbesitzer nach Umverteilung der Arbeit gewährleisten.

<sup>22</sup> „Deutsche arbeiten immer länger – Die Arbeitszeiten nähern sich der 40-Stunden-Marke an: 2007 haben die Deutschen im Schnitt mehr als 39 Stunden pro Woche gearbeitet, so viel wie seit elf Jahren nicht mehr“ (Focus Online vom 26.01.2008, mit Hinweis auf Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg).

<sup>23</sup> Zur Diskussion über Arbeitszeitverkürzung siehe Scherhorn 2005.

Der jetzt vorherrschende Gegenwind in der Frage von Arbeitszeitverkürzungen sollte uns nicht davon abhalten, die Forderung nach einer solidarischen Verteilung der Erwerbsarbeit immer wieder zu stellen. Der christliche Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hat sich zu diesem Thema einmal in einem Interview auf folgende drastische Weise geäußert: „Man sollte solche Zukunftsperspektiven (‚konkrete Utopien‘) doch vor Augen haben, auch wenn es anders kommt, als man es sich vorher gedacht hat, anstatt dass man in der politischen Tageskleckerei immer von einem Bluff zum anderen hüpft“<sup>24</sup>.

## 2.2 Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Eine Grundsicherung durch Erwerbsarbeit und durch das damit verbundene Einkommen steht für viele Menschen ganz im Vordergrund ihrer Bestrebungen. Es entspricht auch der gegenwärtigen Dominanz des ökonomischen Denkens. In den Hintergrund tritt dabei allerdings, wie sehr jeder auf Liebe, aktive Fürsorge und Freundschaft von ihnen nahestehenden Menschen angewiesen ist.<sup>25</sup> In der Sprache der Mathematik könnte man sagen, dass ausreichender finanzieller Lebensunterhalt eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für unsere Grundsicherung darstellt. Erst wenn wir als Kind von der Familie betreut, als Erwachsene von unserem Partner und den Freunden unterstützt und als älterer Mensch die Pflege und Zuwendung unseres unmittelbaren persönlichen Umfeldes erhalten, können wir uns als Menschen geborgen und sicher fühlen. Nicht zu Unrecht spricht man von dem Urvertrauen, dass ein Kind durch den verlässlichen Umgang mit einer ihm nahestehenden Bezugsperson in den ersten Monaten ihres Lebens erwerben kann.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips kommen den unmittelbaren Hilfeleistungen in der Familie, im Freundeskreis und der Nachbarschaft eine vorrangige Bedeutung zu. Erst wenn die Nächsten mit ihrer Hilfe überfordert sind, sollte die Gemeinschaft im weiteren Sinne aktiv werden und durch unbezahlte soziale Dienste, aber auch professionelle Hilfe den Bedürftigen zur Seite stehen. Trotz ihres wertvollen Einsatzes werden professionelle Kräfte niemals den gefühlsmäßigen Beistand leisten können, der den nächsten Angehörigen und Freunden möglich ist.

Wie könnte das unbezahlte soziale Engagement, das neben der Erwerbsarbeit einen zweiten wichtigen Pfeiler einer tragfähigen Grundsicherung bilden sollte, aufgewertet werden? Ein Zugang besteht darin, für alle Menschen Zeiten von sozialen Aktivitäten in ihre Lebensbiographien zu integrieren. Das könnte schon mit einem sozialen Jahr der Jugendlichen beginnen.<sup>26</sup> Es würde sich mit längeren Unterbrechungen der Erwerbs-

---

<sup>24</sup> Nell-Breuning 1987, 98.

<sup>25</sup> Zur Bedeutung unbezahlter Arbeit siehe Gorz 1989, 2000; Biesecker, Winterfeld 2000; Brandl, Hildebrandt 2002.

<sup>26</sup> Dazu siehe das Plädoyer von Hartmut von Hentig (Hentig 2006).



arbeitszeiten fortsetzen, die – für Frauen und Männer gleichermaßen (siehe die dritte Zielvorgabe) – für Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung Älterer und ehrenamtliche soziale Dienste genutzt werden könnten. Bei höherem Alter werden die Erwerbsarbeitsstunden weiter zurückgehen, Spielräume für soziales Engagement (z.B. Unterstützung der Enkel und gegenseitige Unterstützung von Altersgenossen) erweitern sich.<sup>27</sup>

Eine Aufwertung des unbezahlten sozialen Engagements könnte auch dadurch erreicht werden, dass die aufgewendeten Zeiten den Helfenden gutgeschrieben werden. Bei späterer eigener Bedürftigkeit stehen sie ihnen dann selbst zur Verfügung, um damit von Anderen Hilfe zu bekommen. Diese Form von Zeitgutschriften hat sich bereits im Rahmen von Seniorengenossenschaften in Deutschland bewährt<sup>28</sup>, in denen „junge Alte“ für noch Ältere sorgen und später dann selbst umsorgt werden. Bei der zunehmenden Mobilität der Menschen und der damit häufig verbundenen räumlichen Trennung der Generationen erscheinen derartige Formen gegenseitiger Hilfe sehr vielversprechend.

Die bisherigen Erfahrungen bei der Zeitwährung beziehen sich nur auf relativ kurze Zeiträume und auf eng begrenzte Regionen. Wenn dieses zweite Tauschmittel neben der Geldwährung eine gleichrangige Rolle erlangen soll, müsste es auch überregional gelten und seine Gültigkeit auf lange Frist garantiert sein. Jüngere müssten sicher sein, dass sie im Alter die angesparten Zeitguthaben nutzen können, bei Umzügen müsste es garantiert sein, dass die Zeitgutschriften auch in anderen Regionen verwendet werden können. Es müsste möglich sein, dass Zeitguthaben auf andere Personen, die nicht in der gleichen Gegend leben, übertragbar sind. Nur eine neuartige Form des Bankensystems könnte hier wohl die nötigen langfristigen und überregionalen Garantien übernehmen. Es stellt sich dann aber die Frage, wer dieses Bankensystem für die Zeitwährung organisieren könnte. Möglicherweise könnten hier Wohlfahrtseinrichtungen, die Kirchen oder Formen eines Genossenschaftswesens helfen. Hier besteht noch ein erheblicher Diskussionsbedarf. Insbesondere müsste geprüft werden, wie neue Formen einer Dominanz institutioneller Einrichtungen vermieden und die Transaktionskosten möglichst gering gehalten werden könnten.

Bei den Zeitgutschriften hat jede geleistete Stunde den gleichen Wert. Damit soll vermieden werden, dass der Bereich von nicht-monetären sozialen Dienstleistungen gewissermaßen durch die Hintertür doch den Charakter eines Marktes ohne explizite Geldzahlungen erhält. Dieser Ansatz entspricht auch der Vorstellung, dass in den zu bildenden sozialen Netzwerken jede Leistung die gleiche Wertschätzung erhalten sollte. Ähnlich argumentieren Claus Offe und Rolf G. Heinze für einen Einheitsmaßstab der vorausgabten Stunden: „Erstens entfällt der Entscheidungs- und Verwaltungsaufwand, der mit der Einstufung verschiedener Tätigkeitsarten auf einer Qualifikationsskala einhergehen würde. Zweitens erfüllt diese Lösung einen egalitären normativen Anspruch und erweitert dadurch den Kreis der Personen, die Grund haben, sich selbst

<sup>27</sup> Zu neuen Formen des Zeitmanagements siehe das Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik 2005.

<sup>28</sup> Siehe z.B. Otto 1995.

aufgrund eigener Angebote eine erfolgreiche und nutzbringende Beteiligung zuzutrauen. Drittens ist die limitierende Wirkung, welche diese egalitäre Regelung auf das Angebot wirklich hochwertiger Leistungen ausüben würde, durchaus erwünscht.“<sup>29</sup> Professionelle soziale Dienstleistungen würden dann wie bisher über den Markt angeboten werden und die in der Regel einfacheren – gegen Zeitgutschriften – angebotenen Leistungen sinnvoll ergänzen. Geld- und Zeit-Währung würden damit nicht in Konkurrenz treten, sondern in einem komplementären Verhältnis stehen.

Natürlich ist es nicht möglich, gegenseitige Hilfe innerhalb von Familien bzw. privaten Haushalten zeitlich aufzurechnen. Hier ist ein pauschaler Ansatz von jährlichen Zeitgutschriften vorzuziehen.<sup>30</sup> Bei Hilfen außerhalb des Haushaltes könnte dagegen eine Einzelabrechnung vorgenommen werden, wie es heutzutage bereits bei Tauschringen erfolgt.<sup>31</sup> Anfallende Kosten (z.B. für Fahrten) müssten dann allerdings zusätzlich von dem Hilfeempfänger beglichen werden.

Wie könnten aber die Zeiten unbezahlter Arbeit finanziell überbrückt werden? Die Zeitgutschriften für unbezahlte Arbeiten haben ja nur einen auf die Zukunft ausgerichteten Zweck: Sie werden in der Regel wohl erst später in Zeiten eigener Bedürftigkeit gegen bestimmte soziale Dienstleistungen eingetauscht, der tägliche Lebensunterhalt der Helfenden müsste auf jeden Fall durch andere Quellen abgedeckt werden.

Je nach Lebensform wird die Antwort sehr unterschiedlich ausfallen. Auf die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfe in Partnerschaften oder Wohngemeinschaften wird in den nächsten beiden Abschnitten eingegangen. Für *Alleinlebende* sind zumindest drei Finanzierungsformen denkbar:

- a) Unproblematisch ist die Finanzierung bei durchgehender reduzierter Erwerbsarbeit ohne größere zeitliche Unterbrechungen. Das Einkommen müsste dann allerdings ausreichen, um den Alleinlebenden zu finanzieren. Für das unbezahlte soziale Engagement in der zweiten Hälfte des Tages erhält der Alleinlebende Zeitgutschriften, weiterhin kann er die Ausgaben für diese Tätigkeiten bei der Steuerveranlagung wie Werbungskosten bei bezahlter Tätigkeit in Abzug bringen (soweit sie nicht von dem Hilfeempfänger übernommen wurden).
- b) Wird zunächst Vollzeit gearbeitet und anschließend die Erwerbsarbeit unterbrochen, so müssten die Erwerbstätigen in der Erwerbsphase so viel ansparen, dass sie in der Unterbrechungsphase über genügend finanzielle Mittel für ihren Lebensunterhalt verfügen. Das wird allerdings dadurch erschwert, dass im Modell der Halbtagsgesellschaft für Einkommen aus Vollzeit-Arbeit ein erheblich höherer Steuersatz

<sup>29</sup> Offe, Heinze 1990, 316 f.

<sup>30</sup> Der Umfang der Zeitgutschriften könnte in Deutschland mit Hilfe der Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen abgeschätzt werden.

<sup>31</sup> Siehe zu einer Komplementärwährung in Tauschringen Kennedy, Lietaer 2004 und Sikora, Hoffmann 2001. Zu Kooperationsringen mit Zeitwährung siehe Offe, Heinze 1990.

vorgesehen ist, um die Erwerbstätigen zu reduzierten Arbeitszeiten zu motivieren und gleichzeitig Mittel für soziales Engagement durch professionelle Kräfte zu erhalten (die ja dann einspringen müssten). Unterbricht nun der bisher Vollzeittätige, so könnten an ihn in den Jahren der unbezahlten Arbeit Steuerrückzahlungen erfolgen, die zumindest zu seinem Lebensunterhalt beitragen könnten. Zugrunde gelegt wird dann bei der Steuerbemessung das durchschnittliche Einkommen des gesamten Zeitraums der Erwerbs- und Unterbrechungsphase (Zeit-Splitting). Nicht-erstattete Ausgaben für das unbezahlte soziale Engagement sind zusätzlich abzugsfähig und würden den Betrag der Steuerrückzahlung in der Unterbrechungsphase weiter erhöhen. Ferner sollten die Jahre der Unterbrechungszeit auch bei der Ermittlung des Renteneintrittsalters angerechnet werden, damit der Arbeitnehmer auch für seine Altersvorsorge keine Nachteile hat.

- c) Bleiben die Erwerbstätigen in der Unterbrechungsphase MitarbeiterInnen ihres Betriebes bzw. ihrer Behörde, so könnte ein ähnliches Verfahren wie bei dem Blockmodell der Altersteilzeit angewendet werden. In der ersten Phase der Vollzeit erhält der Arbeitnehmer bereits ein reduziertes Einkommen (und muss auch entsprechend weniger Steuern zahlen). Dafür wird in der Unterbrechungsphase das reduzierte Einkommen (einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und des Krankenkassenanteils der Arbeitgeber) fortgezahlt.

Entscheidende Voraussetzung für alle drei Modelle ist allerdings, dass die gezahlten Löhne und Gehälter auch bei einer Halbtagsstätigkeit für den Lebensunterhalt des Alleinlebenden ausreichen. Bei zunehmender Arbeitsproduktivität kann davon ausgegangen werden, dass auch die Löhne pro Arbeitsstunde weiter ansteigen und damit die bei Halbtagsstätigkeit zu erzielenden Einkommen auf längere Sicht ausreichen könnten. Weiterhin könnten zwei Faktoren zu einem ausreichenden Einkommen bei niedrigerem Arbeitsstundeneinsatz beitragen:

- Zunächst ist zu erwarten, dass sich bei einer Verknappung des Arbeitsangebots in einer Halbtagsgesellschaft auch die Lohnsätze pro Arbeitsstunde erhöhen. Dazu müsste allerdings durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass nicht ausländische Arbeitnehmer zu Dumping-Löhnen in das Land geholt werden können.
- Weiterhin sollten die Ökosteuern auf den Energieverbrauch so erhöht werden, dass die Preise von Konkurrenzprodukten aus anderen Ländern mit niedrigerem Lohnniveau durch hohe Transportkosten auf ein ähnliches Niveau wie einheimische Produkte angehoben werden können. Das Aufkommen an Ökosteuern sollte dann vorrangig zur Absenkung der Arbeitskosten verwendet werden, wie es in den ersten Plänen zur Ökosteuer auch gefordert wurde. Mit diesem Vorgehen könnte dann ein zweifacher positiver Effekt (doppelte Dividende) für den einheimischen Arbeitsmarkt erzielt werden.

Bereits als erster Schritt sollte durch die Einführung von Mindestlöhnen ein minimaler sozialer Standard für die Arbeitnehmer garantiert werden.

### 2.3 Gleiche Teilhabe der Geschlechter an bezahlter und unbezahlter Arbeit

In Deutschland ist die Beteiligung von Männern und Frauen an den verschiedenen Arbeitsformen immer noch sehr unterschiedlich.<sup>32</sup> Einer männlich dominierten Geldwirtschaft mit ihren Machtmitteln steht eine weiblich geprägte, relativ ohnmächtige Hauswirtschaft gegenüber.

Auch wenn wir immer wieder offizielle Bekundungen hören, dass wir uns bereits im Zeitalter der Gleichberechtigung aufhalten würden, die Praxis sieht doch ganz anders aus<sup>33</sup>. Pierre Bourdieu hat in einer seiner letzten Studien über *Die Männliche Herrschaft* gezeigt, wie subtil auch heutzutage noch die Dominanz der Männer aufrechterhalten wird und wie tief die Herrschaftsverhältnisse selbst bis in den körperlich unbewussten Bereich verankert wurden<sup>34</sup>.

Zwar konnten die Frauen in den letzten Jahrzehnten ihre gesellschaftliche Rolle verbessern, doch hat sich letztlich der Abstand zu der Machtposition der Männer nicht so wesentlich verringert, wie es erhofft wurde: „Auf der einen Seite haben sich epochale Veränderungen – insbesondere in den Bereichen Sexualität, Recht und Bildung – vollzogen. In der Summe sind dies (von Sexualität einmal abgesehen) aber eher Veränderungen im *Bewusstsein* und auf dem *Papier*. Ihnen steht auf der anderen Seite eine *Konstanz im Verhalten und der Lagen* von Männern und Frauen (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der sozialen Sicherung) gegenüber. Dies hat den scheinbar paradoxen Effekt, dass das Mehr an Gleichheit die fortbestehenden und sich verschärfenden Ungleichheiten noch deutlicher ins Bewusstsein hebt.“<sup>35</sup>

Pierre Bourdieu beschreibt allerdings auch, in welchem Maße der Anspruch der Männlichkeit für die Männer zwar Vorteile mit sich bringt, zugleich aber auch eine Bürde darstellt<sup>36</sup>. Man sollte daher den Optimismus bewahren, dass die Männer eines Tages ebenso wie die Frauen an einer wirklich gleichberechtigten Stellung der Geschlechter Gefallen finden könnten. Wichtig wäre dazu vor allem, dass die Männer auch ihre von der Gesellschaft immer noch als weiblich angesehenen Anlagen akzeptieren, ebenso wie

---

<sup>32</sup> Siehe hierzu Wanger 2006.

<sup>33</sup> Siehe hierzu Beck 1986, Kap. 4; Biesecker, Winterfeld 2000.

<sup>34</sup> Vgl. Bourdieu 2005. Siehe hierzu auch die eingehende Beschreibung der Geschlechterverhältnisse in Weller 2004, 20 f. Am schwersten zu beeinflussen ist die symbolische Dimension mit ihren tief verwurzelten Auf- und Abwertungen der Geschlechterrollen.

<sup>35</sup> Beck 1986, 162. Siehe hierzu auch die Analyse von Elke Holst zum Anteil der Frauen an Führungspositionen (Holst 2007).

<sup>36</sup> Siehe Bourdieu 2005, 92 ff.

zum Charakter der Frauen auch ihre sogenannten männlichen Züge gehören.<sup>37</sup> Erst wenn jeder für sich die in ihm tief verankerte Verkrampfung im Hinblick auf seine geschlechtliche Rolle lockern kann, eröffnet sich auch für die Gesellschaft insgesamt die Chance, einen grundlegenden Wandel der Rollenvorstellungen der Geschlechter zu erreichen. Umgekehrt sollten aber auch durch eine Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie durch eine gleiche Beteiligung der Geschlechter an diesen Tätigkeitsformen gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, welche die nötige individuelle Überwindung von überkommenen geschlechtlichen Rollenvorstellungen erleichtern und ermöglichen: „Erst in dem Maße, in dem das gesamte institutionelle Gefüge der entwickelten Industriegesellschaft auf die Lebensvoraussetzungen von Familie und Partnerschaft hin durchdacht und verändert wird, kann eine neue Art der Gleichstellung *jenseits* von Frauen- und Männerrolle Schritt für Schritt erreicht werden“<sup>38</sup>

Bei der bezahlten Arbeit hat sich zwar der Anteil von erwerbstätigen Frauen demjenigen der Männer weiter angenähert, doch ist die durchschnittliche jährliche Erwerbsarbeitszeit – wie bereits erwähnt – bei ihnen deutlich niedriger (etwa 1150 Jahresarbeitsstunden im Verhältnis zu etwa 1700 bei den Männern). Deshalb entfallen etwa zwei Drittel der Erwerbsarbeitsstunden auf Männer und nur ein Drittel auf Frauen. Hinzu kommt, dass Frauen für gleiche Arbeit immer noch im Durchschnitt schlechter bezahlt werden als Männer.<sup>39</sup>

Bei der unbezahlten Arbeit (hauswirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten, Kinderbetreuung, Altenpflege, Ehrenamt und andere soziale Dienste) sieht das Bild gerade umgekehrt aus. Etwa zwei Drittel der unbezahlten Arbeitsstunden werden von Frauen geleistet, nur ein Drittel von Männern.<sup>40</sup>

*Tabelle 2* gibt einen Überblick über die gesamte Zeitverwendung von Männern und Frauen in der Ausgangssituation 2000 (Bundesrepublik Deutschland) und zeigt die vorgeschlagenen Veränderungen im Rahmen des Modells der Halbtagsgesellschaft. Anders als in *Tabelle 1* werden neben den bezahlten auch die unbezahlten Tätigkeiten einbezogen. Um von den angegebenen absoluten Angaben zu Durchschnittswerten zu kommen, müssten die Daten noch jeweils durch die Bevölkerungszahlen (2000: 42,088 Millionen Frauen, 40,124 Millionen Männer) geteilt werden:

---

<sup>37</sup> Nach den typischen Klischeevorstellungen der Gesellschaft gelten Männer als aggressiv, dominant, selbstbehauptend, emotional kontrolliert, ich-orientiert, Frauen als freundlich, taktvoll, sicherheitsbedürftig, harmonieorientiert, fürsorglich.

<sup>38</sup> Beck 1986, 201.

<sup>39</sup> Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes verdienten Frauen in Deutschland 2007 im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer (Welt Online v. 15.11.2008).

<sup>40</sup> Am Bruttoinlandsprodukt, dem Maßstab für die erwerbswirtschaftlich erzeugte wirtschaftliche Leistung, hatten die Frauen im Jahr 2000 nur einen Anteil von 33,3 %, am Wert der Haushaltsproduktion dagegen von 61,4 %, siehe Schaffer, Stahmer 2006a und 2006b.

**Tabelle 2: Zeitverwendung**  
Millionen Stunden

Nr.	Aktivitäten	Ausgangssituation 2000			Absolute und prozentuale Veränderungen in der Halbtagsgesellschaft					
		Frauen 1	Männer 2	insgesamt 3	Frauen 4		Männer 5		insgesamt 6	
	Bezahlte (Erwerbs-) Arbeit*									
1	institutionelle Bildungsleistungen	1685	1655	3340	+ 283	16,8%	+ 143	8,6%	+ 426	12,8%
2	sonstige berufliche Arbeit	21596	39056	60652	+ 3418	15,8%	- 13202	-33,8%	-9784	-16,1%
3	zusammen	23281	40710	63991	+ 3701	15,9%	- 13058	- 32,1%	-9357	-14,6%
	Unbezahlte Arbeit									
4	Kinderbetreuung	5905	2915	8820	+ 767	13,0%	+ 3460	118,7%	+ 4227	47,9%
5	Altenpflege, Ehrenamt	1900	2455	4355	+ 1260	66,3%	+ 1101	44,8%	+ 2361	54,2%
6	hauswirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten	51461	31516	82978	- 7202	-14,0%	+ 7203	22,9%	0	0,0%
7	zusammen	59266	36887	96153	- 5175	-8,7%	+11763	31,9%	+ 6588	6,9%
8	Qualifikation	10285	10632	20918	+ 954	9,3%	+ 799	7,5%	+ 1752	8,4%
9	Persönliche Aktivitäten	275857	263253	539110	+ 521	0,2%	+ 496	0,2%	+ 1017	0,2%
10	Zeitverwendung insgesamt	368689	351482	720172	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%

\* einschl. Fahrten zum Arbeitsplatz

Auf die Veränderungen bei der bezahlten Arbeit wurde bereits im Zusammenhang mit *Tabelle 1* eingegangen. Bei der unbezahlten Arbeit ist bei den Frauen insgesamt ein Rückgang um fast ein Zehntel zu beobachten, bei den Männern eine Zunahme um fast ein Drittel. Dazu trägt insbesondere die vorgesehene Arbeitsteilung bei der Kindererziehung und die Übernahme von bisher von Frauen ausgeübten hauswirtschaftlichen Tätigkeiten durch Männer bei. Die Zeiten für soziale Aktivitäten (Kinderbetreuung, Altenpflege, Ehrenamt) erhöhen sich insgesamt um die Hälfte. Beide Geschlechter verstärken ihre Aus- und Weiterbildungsaktivitäten. Bei den persönlichen Aktivitäten finden dagegen keine nennenswerten zeitlichen Veränderungen statt.

Frauen bekommen heutzutage eine ähnlich gute Ausbildung wie Männer<sup>41</sup> und streben nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase selbstverständlich an, ihre erworbenen Kenntnisse in einem passenden Beruf nutzen zu können. Eigene Einkommen schaffen finanzielle Selbstständigkeit und zugleich die Grundlage für eine gleichberechtigte Partnerschaft. Zur zukunftsfähigen Grundsicherung gehört daher auch, dass die Geschlechter in gleicher Weise am Erwerbsleben teilnehmen können und damit auch die Möglichkeit erhalten, sich gegenseitig finanziell unterstützen zu können.

Die *Zweiergemeinschaft* (mit oder ohne Kinder) kann aus einem zusammenlebenden Ehepaar oder aus eheähnlichen Lebensgemeinschaften von verschieden- oder gleichgeschlechtlichen Partnern bestehen. Entscheidend ist dabei, dass durch derartige Zusammenkünfte die Vereinzelung der Menschen aufgehoben werden kann und die Menschen bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen und auch in schwierigen Zeiten sich gegenseitig zu helfen.

<sup>41</sup> „In Ost- und Westdeutschland hat sich das schulische Ausbildungsniveau von Frauen und Männern in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen weitgehend angenähert“ (Falk 2005, S. 138).

Die Partnerschaft kann nicht mehr darin bestehen, dass einer der Partner generell das Geld verdient und der andere zu Hause bleibt. Das Modell der Ein-Verdiener-Ehe gehört der Vergangenheit an. Auch wenn die Partner Kinder haben oder Eltern pflegen müssen, sollte es selbstverständlich werden, dass sie sich bei der Betreuung und Pflege abwechseln.

Im Modell der Halbtagsgesellschaft wird das dadurch erreicht, dass jeder Partner nur die Hälfte der Zeit (voll-)berufstätig ist und die andere Hälfte zu Hause bleiben kann. Mit diesem Modell wird gleichzeitig dafür gesorgt, dass sich die Karrierechancen für Frauen und Männer weiter annähern können, da sich ja beide Geschlechter in Abständen Auszeiten für unbezahltes soziales Engagement nehmen. Diese Auszeiten müssten übrigens zukünftig geradezu Voraussetzungen für weitere berufliche Karriereschritte werden, weil die Personen damit zeigen, dass sie zu vielfältigem Einsatz in der Lage sind und zusätzliche soziale Kompetenzen erworben haben.

Wie sieht es nun mit der Finanzierung aus? Der Partner, der voll berufstätig ist, würde in der Zeit, in der der andere Partner Aufgaben des unbezahlten sozialen Engagements übernimmt, den Partner mitfinanzieren. Steuerlich sollten beide zusammen veranlagt werden, so dass im Zuge des „Partner-Splittings“ auch nur so viel Steuern anfallen, als ob beide Partner einem Beruf mit Halbtagsstätigkeit nachgehen. Der erwerbstätige Partner erwirbt ferner durch seine Tätigkeit Sozialversicherungsansprüche für beide Partner und zahlt entsprechend dem Durchschnittseinkommen beider Partner Krankenversicherungsbeiträge für beide. Wenn dann die Partner ihre Arbeitsfelder wechseln, übernimmt der andere Partner die entsprechenden finanziellen Aufgaben.

Natürlich setzt ein derartiges Modell voraus, dass Männer und Frauen etwa gleich viel verdienen. Falls die Einkommen unterschiedlich sind, müsste – wie bei den Alleinlebenden – für die Phase der Erwerbstätigkeit des Geringerverdienenden vorher angespart und zusätzlich später Einnahmen durch Steuerrückzahlungen an den Besserverdienenden erzielt werden. Steuerbemessungsgrundlage wären dann die gemeinsamen Einkommen beider Partner für die Gesamtheit von bezahlten und unbezahlten Arbeitszeiten. Auf diese Weise würde ein kombiniertes Zeit- und Partner-Splitting realisiert werden.

Wie können die Kosten der Kinder getragen werden? Hier müsste aus Sicht des Autors das Kindergeld wesentlich erhöht werden, um zumindest die zusätzlichen Kosten für Kinder in einer „Normalverdiener“-Familie abdecken zu können. In der heutigen Zeit kommt es nur noch in Ausnahmefällen vor, dass die Kinder später ihre Eltern so finanziell unterstützen können, wie ihr eigener Lebensunterhalt in der Kindheit durch die Eltern finanziert wurde. Sehr häufig leben die Kinder an anderen Orten, das Modell des Drei-Generationen-Haushalts einer Großfamilie ist immer seltener geworden. Dadurch ist allmählich eine einseitige finanzielle Belastung für Eltern entstanden, die auch wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Geburtenraten in den entwickelten Ländern so niedrig sind.

Es erscheint in der heutigen Situation nicht sinnvoll, im Sinne des Solidaritätsprinzips eine gegenseitige finanzielle Absicherung der Generationen zu fordern. Die Sozialversicherungssysteme haben bereits dafür gesorgt, dass die ältere Generation in der Regel nicht mehr auf finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder angewiesen ist. Die Gesellschaft müsste dann aber auch entsprechend für eine finanzielle Kinder-Grundsicherung sorgen. Es kann nicht sein, dass – so wie es heutzutage immer häufiger geschieht – ein Armutsrisiko entsteht, wenn Partner Kinder bekommen.

Mit dieser finanziellen Regelung ist natürlich nicht verbunden, dass Eltern sich weniger um die Betreuung ihrer Kinder kümmern müssten. Ganz im Gegenteil wäre es wünschenswert, dass sich Mütter und Väter für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder wesentlich mehr Zeit nehmen können als bisher. Aber diese persönliche Zuwendung sollte nicht von finanziellen Sorgen beeinträchtigt werden. Wie bereits erwähnt, ist im Modell der Halbtagsgesellschaft zusätzlich noch eine pauschale Vergütung der Kinderbetreuung in Form von Zeitguthaben für die Eltern vorgesehen.

Das zu zahlende Kindergeld im Sinne eines Grundeinkommens für Kinder sollte nur bis zum 18. Lebensjahr bzw. bis zum Abschluss von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen gezahlt werden. Ein Zuschuss könnte dann noch für ein allgemeines soziales Jahr gewährt werden. Für ein weiteres Studium würde sich dann für die Finanzierung eher – wie bei der jetzigen Bafög-Regelung – ein staatliches Ausbildungsdarlehen anbieten, dass die Studierenden später wieder zurückzahlen müssten.

Mit diesem vorgestellten Konzept einer Grundsicherung wird es für Frauen möglich, ohne Finanzsorgen ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Gleichzeitig bekämen sie die nötige Zeit, um für ihre Kinder zu sorgen, ohne – wie heutzutage – im Erwerbsleben gegenüber den Männern Nachteile zu bekommen. Für die Männer eröffnet sich die Chance, sich nicht mehr allein auf das stressige Berufsleben zu fixieren und die Verantwortung für den Lebensunterhalt der Familie tragen zu müssen, sondern ein vielfältigeres erfülltes Leben mit wechselnden Aufgabenbereichen führen zu können.

Wenn einer der beiden Partner Rentner wird, könnte ein anderes Anspruchsverhältnis gegenüber dem Staat begründet werden. Während die Erwerbsfähigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben und noch nicht in Rente sind, vorrangig für ihren Lebensunterhalt selbst verantwortlich sind, spricht viel dafür, für die Rentner ein individuelles Anrecht auf finanzielle Grundsicherung durch den Staat zu schaffen, das zumindest den nötigen Lebensunterhalt absichert. Falls die Rente geringer ist als ein festzulegendes Grundeinkommen für Rentner, würde der Staat Zuschüsse zahlen. Das „Partner-Splitting“ entfällt dann bei dieser Form der Grundsicherung, da die Rentner ja – wie die Kinder und Jugendlichen, die bei dem Steuersplitting auch außen vor bleiben – eigenständige Ansprüche an den Staat besitzen. Falls einer der Partner noch erwerbstätig ist, würde er steuerlich wie ein Alleinlebender behandelt werden, mit hohen Steuern während der Erwerbsphase und Steuerrückzahlungen während der Unterbrechungszeiten.



## 2.4 Soziale Netzwerke stärken

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gilt es nicht nur, die Eigenverantwortung in Familie und Partnerschaft zu stärken, auch weitergehendere Zusammenschlüsse von Menschen zu gegenseitiger Unterstützung sollten möglichst gefördert werden. Erst mit einem engmaschigen sozialen Netzwerk, das von Bürgerinnen und Bürgern eigenverantwortlich geknüpft wird, ist es möglich, dem unbezahlten sozialen Engagement eine geeignete Plattform zu geben. Alleinstehende, Familien, Partnerschaften und Wohngemeinschaften<sup>42</sup> sollten als gesellschaftliche Akteure nicht nur auf sich selbst angewiesen sein, sondern mit Hilfe durch Freundeskreise, Nachbarschaften, durch Stadtteilinitiativen oder dörfliche Zusammenschlüsse rechnen können.<sup>43</sup> Erst diese freiwillige gegenseitige Hilfe schafft eine lebensfähige Zivilgesellschaft im Sinne der Solidarität der christlichen Soziallehre.<sup>44</sup>

Staatliche Institutionen können diesen Zusammenhalt nicht bieten. In seiner Sozialenzyklika *Deus caritas est* (Gott ist die Liebe) begründet dies Papst Benedikt XVI in folgender Weise: „Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung. Nicht den alles regelnden und beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbinden“.<sup>45</sup>

Oswald von Nell-Breuning stellt dem Konzept eines Wohlfahrtsstaates, der versucht, die eigenen Kräfte der Gemeinschaft im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu stärken, das Konzept eines Versorgungsstaates gegenüber, der den Bürgern die Sorge für ihr Wohl weitgehend abnimmt: „Der Versorgungsstaat drängt seine Fremdhilfe oder diejenige irgendwelcher öffentlicher Einrichtungen und Anstalten auf, wo Selbsthilfe des einzelnen oder Selbsthilfe in Gemeinschaft alles Erforderliche leisten könnte. Auf diese Weise drängt er die eigene Tätigkeit zurück, hindert die Menschen daran, ihre eigenen Kräfte zu regen und in der verantwortungsbewussten Betätigung ihrer Kräfte zu wachsen und zu reifen.“

---

<sup>42</sup> Derartige Wohngemeinschaften (mit drei oder mehr Erwachsenen), die man nach dem berühmten Roman von Johann Wolfgang von Goethe als „Wahlverwandtschaften“ bezeichnen könnte (Hinweis von Katrin Schulz), könnten in einer Halbtagsgesellschaft eine Vorbildfunktion für solidarisches Verhalten übernehmen und gleichzeitig eine wichtige selbstständige Aktionseinheit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bilden. In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sollten sie daher gesellschaftlich wesentlich aufgewertet werden.

<sup>43</sup> Siehe hierzu Dahm, Scherhorn 2008.

<sup>44</sup> Zu der Bedeutung sozialer Netzwerke siehe auch Bourdieu 1992; Beck 2000b; Heinze, Strünck 2000. Zur Diskussion bereits in den 70er-Jahren siehe Richter 1976.

<sup>45</sup> Benedikt XVI 2006, Abschnitt 28b.

Darum ist die Hilfe, die der Versorgungsstaat gewährt, keine echte Hilfe, sondern das Trugbild einer Hilfe, dies um so mehr, als der Staat ja doch alles, was er austeilt, zuvor seinen Bürgern abnehmen muss – sehr oft sogar genau den gleichen, an die er es mit der Gebärde des großzügigen und edelmütigen Wohltäters wieder austeilt.“<sup>46</sup>

In welcher Weise könnte der Staat aber im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Solidargemeinschaften der Bürgerinnen und Bürger unterstützen? Entsprechend dem Konzept der Halbtagesgesellschaft wird vorgeschlagen, dass mehrere Erwachsene, die zusammen in einem Haushalt leben und wirtschaften, in gleicher Weise wie Partnerschaften die Möglichkeit erhalten sollten, die Steuerlast auf alle Mitglieder verteilen können. Mit diesem „Haushalts-Splitting“ wäre es möglich, dass ein Teil der Mitglieder einer Wohngemeinschaft erwerbstätig ist und der andere Teil sich unbezahlt (bzw. nur gegen Zeitgutschriften vergütet) sozialen Engagement widmen kann. Ebenso könnten z.B. Alleinerziehende zusammenziehen, um gemeinsam Kinder zu betreuen und gleichzeitig weiterhin erwerbstätig sein zu können. Ausgenommen wären von diesen Möglichkeiten des Steuer-Splitting wieder Kinder, Jugendliche und Rentner, die in diesen Haushalten wohnen. Sie sind bereits durch ein Grundeinkommen abgesichert.

Bei größeren freiwilligen Gemeinschaften fallen vermehrt Organisationskosten an, die vom Staat übernommen oder bezuschusst werden sollten. Auch könnte eine professionelle Begleitung und Beratung finanziert werden. Hier ist natürlich eine enge Zusammenarbeit und eine zweckmäßige Arbeitsteilung mit anderen Institutionen, z.B. den verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen und der Kirche, notwendig.

Genauso wichtig wäre es, wenn der Staat auf allen seinen Ebenen vom Bund bis zur Gemeinde selbst das Konzept der Bürgernähe wieder stärker umsetzen würde. Dazu wäre es z.B. nötig, dass es Ansprechpartner (ehrenamtliche Bürgermeister u.ä.) auch in der kleineren Gemeinschaft gibt. Für die Sicherheit der BürgerInnen wären dezentrale Polizeiposten sinnvoll, die nicht nur mit dem Auto herumkurven, sondern zu Fuß durch ihr Viertel oder ihr Dorf auf Streife gehen und im Kontakt mit den ihnen anvertrauten Menschen bleiben. Die zunehmende Anonymisierung der Wohnverhältnisse heutzutage schafft natürlich Freiräume. Sie vergrößert gleichzeitig aber auch die Unsicherheit der Lebensumstände.

Zentralisierungs- und Anonymisierungstendenzen wären auch im Gesundheitswesen abzubauen. Die Rolle des Hausarztes als langjährigem Begleiter und Ratgeber seiner Patienten hat immer mehr an Bedeutung verloren. Die Beratungs- und Vorsorgeaufgaben dieser Ärzte sollten deshalb wieder viel stärker honoriert werden. Dazu wäre allerdings nötig, dass schon die ärztliche Ausbildung neben den schulmedizinischen Fächern auch Unterricht über psychosomatische Zusammenhänge und alternative Behandlungsformen (z.B. der Homöopathie) umfasst. Würde sich die ärztlichen Tätigkeit stärker auf die Beratung über gesunde Lebensführung und die Begleitung der

---

<sup>46</sup> Nell-Breuning 1990, 129.

Patienten bei gesundheitsfördernden Aktivitäten konzentrieren, könnten nicht nur das Gesundheitsniveau der Bevölkerung wesentlich erhöht, sondern gleichzeitig auch die Kosten des Gesundheitswesens wesentlich gesenkt werden.

Für die Missstände im Gesundheitswesen – und zwar besonders im Krankenhauswesen – gilt die Kritik, die Oswald von Nell-Breuning 1987 äußerte, immer noch in gleichem, wenn nicht sogar in verstärktem Maße: „Keine noch so hohe Technisierung und organisatorische Rationalisierung des Krankenhauses können daran etwas ändern, dass der Schwerkranke, der Sterbende einen Menschen braucht, der bei ihm ist und bei ihm ausharrt, bis die schlaflose Nacht überstanden oder der letzte Atemzug getan ist. Wenn dies im heutigen hochtechnisierten Krankenhaus nicht mehr oder nur in unzureichendem Maße geleistet wird, dann bedeutet das keine höhere Produktivität der Arbeit, sondern einen wesentlichen Mangel an geschuldetem Dienst, eine beklagenswerte Fehlleistung... In allen Sozialberufen ist die *Zeit*, die der Sozialarbeiter seinen Schutz- oder Fürsorgebefohlenen widmet, ebenso wichtig, nicht selten wichtiger als alles andere, was er für sie tut oder tun kann. Auch einen Menschen nur anzuhören braucht Zeit.“<sup>47</sup>

Erfolgreiche soziale Netzwerke setzen auch eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen voraus, die auf vielfältige Weise unterstützt werden sollten. Dies könnte dadurch am besten geschehen, wenn die BürgerInnen als Konsumenten regionale Produkte bevorzugen. Ähnlich wie der Staat gleichzeitig über Arbeitslosigkeit jammert und selbst Arbeitsplätze vernichtet, sorgen sich die Bürger um ihre Arbeitsplätze, bevorzugen aber meist ohne Bedenken billigere importierte Produkte. Die Konsumenten sollten sich darüber klar sein, dass sie mit dem Kauf von einheimischen Produkten auch letztlich ihre eigenen Arbeitsplätze sichern.

Die Verstärkung von kleinräumlichen sozialen Netzwerken ist nicht zu trennen von einer Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region. Die Verödung von Dörfern und Stadtteilen hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die kleinen Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe wirtschaftlich nicht mehr überleben konnten. Vor jeder Wahl streichen die Politiker aller Parteien die Bedeutung einer erfolgreichen Mittelstandspolitik heraus. Trotzdem setzt sich seit Jahrzehnten das Sterben des Mittelstandes ungebrochen fort. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit mussten Millionen von selbstständigen Betrieben häufig nach langen Kämpfen der Eigentümer und jahrelanger Selbstausbeutung schließen. Dabei ist ein intaktes Netzwerk von Läden und Handwerksbetrieben ein integrierter und unabhömmlicher Teil auch von sozialen Netzen.

Hier müssten durch Bürgerinitiativen in mühseliger Arbeit Infrastrukturen wieder hergestellt werden, die früher selbstverständlich waren. Eine Partnerschaft und nicht ein Konkurrenzverhältnis von unbezahlter Arbeit mit regionalen Betrieben sollte ein

---

<sup>47</sup> Nell-Breuning 1987, 54 f.; eine aktuelle Beschreibung der Situation in den Krankenhäusern gibt Ludwig 2008.

wichtiges Element auch einer Grundsicherung im Sinne der Halbtagsgesellschaft sein. Die Förderung von lokalen Märkten und von Direktverkäufen der Fabriken könnte dabei ein wichtiger Ansatzpunkt sein. Eine Unterstützung des Absatzes von regionalen Produkten durch ehrenamtliche Arbeit, z.B. durch Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und Fahrgemeinschaften zu den Produzenten, wäre ein weiteres Beispiel.

Diese Argumentation gilt insbesondere für die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe. Die staatliche Förderung des ökologischen Landbaus und das gestiegene Bewusstsein der Bevölkerung für gesunde Ernährung haben hier bereits wichtige Fortschritte bewirkt. Ökologisch und gleichzeitig sozial bewusste Konsumenten kaufen verstärkt nur die Produkte, die in den verschiedenen Jahreszeiten angeboten werden und verzichten auf Erdbeeren aus Israel oder Äpfel aus Neuseeland. Wesentliche Hilfe für die kleinen ländlichen Betriebe kann auch durch einen Urlaub auf dem Bauernhof oder in ländlichen Pensionen geleistet werden. Derartige Urlaubsformen haben nicht nur eine wesentlich günstigere Ökobilanz als Fernreisen, sie tragen auch in besonderem Maße zum Erhalt kleinräumlicher Wirtschaftsformen bei.

Staatliche, marktkonforme Hilfe für regionale Produkte könnte vor allem durch eine wesentlich höhere Besteuerung des Transports von Gütern geleistet werden. Vor allem die fehlenden Steuern auf Flugtreibstoffe haben zu weit reichenden Fehlentwicklungen geführt. Der Transport über Kontinente ist so billig geworden, dass nicht nur erhebliche ökologische Schäden durch die Schadstoffemissionen der Flugzeuge entstehen, sondern auch soziale Schäden durch verfälschte Konkurrenzverhältnisse zu den einheimischen Produkten auftreten. Es wird heutzutage so viel über die Folgen der Globalisierung gejammert. Gleichzeitig wird aber alles getan, um die Handelshemmnisse weiter abzubauen und den großen Unternehmen immer bessere Möglichkeiten zu geben, Arbeitsstätten, Produkte und Finanzmittel ungehemmt zwischen den Ländern hin und her zu schieben. Dazu hat auch der europäische Binnenmarkt beigetragen. So sehr eine politische Integration in Europa im Interesse eines langfristigen Friedens zu begrüßen ist, so kritisch müssen die sozialen und ökologischen Folgen eingeschätzt werden. Zwar wird das Subsidiaritätsprinzip auch auf europäischer Ebene immer wieder als wichtiges Ziel der europäischen Gemeinschaft hervorgehoben, die Praxis sieht aber häufig ganz anders aus.<sup>48</sup>

## **2.5 Berufliche und soziale Kompetenzen steigern**

Um das hier vorgestellte Modell einer solidarischen Teilung der Erwerbsarbeit als wichtige Voraussetzung einer zukunftsfähigen Grundsicherung zu realisieren, ist es nicht allein nötig, dass die gezahlten Lohnsätze pro Arbeitsstunde die nötige Höhe erreichen. Eine zweite wichtige Bedingung besteht darin, dass die erwerbsfähigen Menschen, die

---

<sup>48</sup> Siehe Lecheler 1998.

sich die Arbeit untereinander aufteilen, auch über entsprechende berufliche Qualifikationen verfügen. Die Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen haben gezeigt, dass die hochqualifizierten Erwerbstätigen im Durchschnitt einen besonders langen Arbeitstag haben. Sollen sie ihre Erwerbsarbeitszeiten wesentlich reduzieren, so stellt sich die Frage, ob es überhaupt Arbeitslose gibt, die über die nötigen Qualifikationen verfügen und hier einspringen können. Gerade bei der stillen und stillsten Reserve des Arbeitsmarkts handelt es sich häufig um Geringqualifizierte, die von der rasanten Entwicklung der Anforderungen an ihre möglichen Arbeitsplätze überrollt wurden. Es öffnet sich hier also eine Schere, die nur langfristig durch eine Bildungsoffensive mit erheblichen zusätzlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geschlossen werden kann. Wie es ja auch inzwischen schon allgemein bekannt ist, besteht gerade im deutschen Bildungswesen erheblicher Nachholbedarf<sup>49</sup> gegenüber anderen Ländern und eine solidarische Arbeitsteilung würde die Anforderungen noch weiter steigern.

Untersuchungen wie die PISA-Studien haben aber auch gezeigt, dass in der schulischen Ausbildung viel zu wenig Wert auf die Stärkung sozialer Kompetenzen gelegt wird. In einer Gesellschaft, die auf das soziale Engagement aller Bürgerinnen und Bürger einen besonderen Wert legt, sollte bereits die Schule und dann auch weiterführende berufliche Ausbildungswege einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermittlung der dafür nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten legen.<sup>50</sup> Auch ein soziales Jahr für alle Jugendliche könnte dazu einen hervorragenden Beitrag leisten.

Für den Aufbau eines regionalen sozialen Netzwerkes sollte den Lehrern wieder eine stärkere Rolle zukommen. Dazu wäre es nötig, dass die Zentralisierung des Schulwesens mit seinen Pendlerströmen von Schülern so weit wie möglich wieder rückgängig gemacht wird. Die Schließung von Dorfschulen hat einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Verarmung der ländlichen Gemeinden und zu einer Anonymisierung des Bildungsbetriebs beigetragen. Darunter hat auch die direkte Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern gelitten, die im Interesse der Kinder und ihrer Entwicklung besonders wichtig ist.

---

<sup>49</sup> Siehe die PISA-Studien der OECD (2001 und folgende Jahre).

<sup>50</sup> Um diesen weiter gefassten Begriff von Bildung zu bezeichnen, wurde in Abgrenzung zu dem auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichteten Humankapital der Begriff des Humanvermögens vorgeschlagen (siehe Kaufmann, Stahmer 2007). Zu einem humanistisch geprägten Bildungsbegriff siehe Böhme 2008.

Eine nötige Erweiterung des Bildungsbegriffs wird auch in dem Beitrag von Münch 2008 diskutiert. Was heutzutage unter einem „gebildeten Menschen“ verstanden wird, zeigt eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (siehe Petersen 2008).

### 3 Tradition und Zukunftsglaube

Auf viele weitere Faktoren, die wesentlichen Einfluss auf die Grundsicherung der Menschen haben, konnte hier nicht eingegangen werden. So bedeutet Solidarität auch Solidarität mit den ärmeren Ländern. Die berechtigten Forderungen an uns, für einen fairen Welthandel zu sorgen und unseren Umweltverbrauch im Interesse von Entwicklungsmöglichkeiten der ärmeren Länder, aber auch zukünftiger Generationen drastisch einzuschränken, sind Ausdruck eines räumlich und zeitlich sehr viel umfassenderen Ansatzes von Solidarität. So wichtig es ist, bei Fragen der Grundsicherung von den kleinen Gemeinschaften in unserer unmittelbaren Umgebung auszugehen, so drängend ist es gleichzeitig, die globalen Auswirkungen unseres Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren.

Zum Abschluss dieses Beitrages möchte der Autor lediglich einen kurzen Hinweis auf eine andere, weiterreichende Dimension unserer Grundsicherung geben. Wir leben in dem Spannungsfeld zwischen Erfahrungen, die wir bereits in unserem Leben gemacht haben, und den Zukunftserwartungen, die uns Hoffnung auf ein weiteres erfülltes Leben geben. Grundsicherung bedeutet daher auch der richtige Umgang mit unseren Erinnerungen, dem Bewusstsein an Traditionen, mit denen wir aufgewachsen sind und die uns weiter begleiten. Bei den Naturvölkern waren es bestimmte Riten, die in einem festgelegten Zeitrhythmus wiederholt wurden. Aber auch wir gewinnen Sicherheit, wenn wir das Vertraute wiedererleben und bekräftigen können.<sup>51</sup> Auf der anderen Seite verbinden uns unsere Hoffnungen mit der Zukunft, wir werden sicherer, wenn wir uns auch für unser weiteres Leben geborgen und geschützt fühlen können. Mit der Vorstellung eines Schutzengels, den sicher jeder von uns benötigt, wird dieser Wunsch nach Begleitung und Sicherheit bildlich.

---

<sup>51</sup> Der lange Zeit eher abschätzig verwendete Begriff der Tradition hat in den letzten Jahren eine Aufwertung erfahren, siehe z.B. Auerochs 2004 und Assmann 1999. Zur Bedeutung der Kultur im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion siehe Stahmer 2008b.

## Literatur

- Assmann, Aleida (1999): *Zeit und Tradition – Kulturelle Strategien der Dauer*, Böhlau Verlag: Köln.
- Auerochs, Bernd (2004): *Tradition als Grundlage und Präfiguration von Erfahrung*. In: Jäger, Friedrich; Liebsch, Burkhard (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaft*, Bd.1 Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Metzler Verlag: Stuttgart, Weimar 2004, S. 24–37.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (2000a): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Edition Zweite Moderne, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (2000b): *Die Seele der Demokratie – Bezahlte Bürgerarbeit*. In: Beck 2000a, S. 416–448.
- Benedikt XVI. (2006): *Gott ist die Liebe (Deus caritas est)*, Enzyklika, Rom, im Internet verfügbar.
- Benedikt XVI (2007): *Durch Hoffnung sind wir gerettet (Spe salvi)*, Enzyklika, Rom, im Internet verfügbar.
- Biesecker, Adelheid; Winterfeld, Uta von (2000): *Vergessene Arbeitswirklichkeiten*. In: Beck 2000a, S.269–286.
- Birg, Herwig (2005): *Die ausgefallene Generation – Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, Beck Verlag: München.
- Böhme, Günther (2008): *Kultur und pädagogische Reform – Zur Aktualität einer humanistischen Bildung*, Schulz-Kirchner Verlag: Idstein.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital*. In: Bourdieu, Pierre: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, VSA-Verlag: Hamburg, S. 49–80.
- Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Brandl, Sebastian; Hildebrandt, Eckart (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit – Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*, Leske + Budrich: Opladen.
- Dahm, Daniel; Scherhorn, Gerhard (2008): *Urbane Subsistenz – Die zweite Quelle des Wohlstands, ökom: München*.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (2005): *Zeit ist Leben – Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik*, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen (im Internet verfügbar).
- EKD, DBK – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz (1997): *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, eingeleitet und kommentiert von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp, Bernward bei Don Bosco: München.

- Falk, Susanne (2005): Geschlechtsspezifische Ungleichheit im Erwerbsverlauf – Analysen für den deutschen Arbeitsmarkt, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Fromm, Erich (1976): Haben oder Sein – Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart.
- Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Rotbuch: Berlin.
- Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Hartard, Susanne; Schaffer, Axel; Stahmer, Carsten (Hrsg.)(2006): Die Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Nomos: Baden-Baden.
- Heimbach-Steins, Marianne (Hrsg.) (2004, 2005): Christliche Sozialethik – ein Lehrbuch, Band 1 Grundlagen (2004), Band 2 Konkretionen (2005), Friedrich Pustel: Regensburg.
- Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (1986): Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik?, Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Heinze, Rolf G; Strünck, Christoph (2000): Die Verzinsung des sozialen Kapitals – Freiwilliges Engagement im Strukturwandel. In: Beck 2000a, S. 171–216.
- Hentig, Hartmut von (2006): Bewährung – Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein, Hanser: München.
- Holst, Elke (2007): Spitzenpositionen in großen Unternehmen fest in Männerhand, DIW-Wochenbericht, Jg.74, Nr.7, S. 89–93.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft – Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, edition suhrkamp Bd.2406, Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Stahmer, Carsten (2008): Stiefkind Humanvermögen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.2007, S. 8.
- Kennedy, Margrit ; Lietaer, Bernard A. (2004): Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Riemann: München.
- Kurz-Scherf, Ingrid; Breil, Gisela (Hrsg.) (1987): Wem gehört die Zeit – Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, VSA: Hamburg.
- Lecheler, Helmut (1993): Das Subsidiaritätsprinzip – Strukturprinzip einer europäischen Union, Soziale Orientierung Bd. 8, Duncker & Humblot: Berlin.
- Ludwig, Udo (2008): Tatort Krankenhaus – Wie Patienten zu Opfern werden, SPIEGEL-Buch, Deutsche Verlags-Anstalt: München.
- Münc, Richard (2008): Die Bildung oder Humankapital? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.2008, S. 8.
- Nell-Breuning, Oswald von (2. Aufl. 1985): Gerechtigkeit und Freiheit – Grundzüge katholischer Soziallehre, Olzog: München.
- Nell-Breuning, Oswald von (3. Aufl. 1987): Arbeitet der Mensch zu viel? Herder: Freiburg i.B., Basel, Wien.
- Nell-Breuning, Oswald von (1990): Baugesetze der Gesellschaft – Solidarität und Subsidiarität, Herder: Freiburg i.B., Basel, Wien.
- Petersen, Thomas (2008): Der Bildungsstand der Erwachsenen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.11.2008, S. 5.



- PRGF – Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006): Kompendium der Soziallehre der Kirche, Herder: Freiburg i.B., Basel, Wien.
- OECD (2001): Lernen für das Leben: Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000, Paris.
- Offe, Claus; Heinze, Rolf G. (1990): Organisierte Eigenarbeit – Das Modell Kooperationsring, Campus: Frankfurt a.M., New York.
- Otto, Ulrich (1995): Seniorenengossenschaften – Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik?, Leske + Budrich: Opladen.
- Richter, Horst E. (1974): Lernziel Solidarität, Rowohlt: Reinbek b. Hamburg.
- Richter, Horst E. (1976): Flüchten oder Standhalten, Rowohlt: Reinbek b. Hamburg.
- Rilke, Rainer Maria (1996): Werke – Kommentierte Ausgabe in vier Bänden, hrsg. von Manfred Engel, Ulrich Fülleborn, Horst Nalewski und August Stahl, Insel: Frankfurt a.M.
- Schaffer, Axel; Stahmer, Carsten (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: GAIA, 3/2005, S. 229–239.
- Schaffer, Axel; Stahmer, Carsten (2006a): Erweitertes Gender – BIP – eine geschlechtsspezifische Analyse des traditionellen Bruttoinlandsprodukts und der Haushaltsproduktion in Deutschland, Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 226, Heft 3, S. 308–328.
- Schaffer, Axel; Stahmer, Carsten (2006b): Women's GDP – A Time-based Input-output Analysis. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, No. 3/2006, S. 367–394.
- Scherhorn, Gerhard (2005): Zum Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung, Kommentar zu A. Schaffer, C. Stahmer in GAIA, 14/3 (2005). In: GAIA, 14/3, S. 240–242.
- Sikora, Joachim; Hoffmann, Günter (2001): Version einer Gemeinwohl-Ökonomie auf der Grundlage einer komplementären Zeit-Währung, Katholisch-Soziales Institut: Bad Honnef.
- Spangenberg, Joachim (Hrsg.) (2003): Vision 2020 – Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, ökom: München.
- Stahmer, Carsten (2006): Halbtagsgesellschaft – Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland, Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, im Internet unter dem angegebenen Titel verfügbar.
- Stahmer, Carsten (2008a): Gendermodell der Halbtagsgesellschaft, Vortrag an der Universität Osnabrück, im Internet unter dem angegebenen Titel verfügbar.
- Stahmer, Carsten (2008b): Kulturelle Nachhaltigkeit – Vom magischen Dreieck zum magischen Viereck?, bisher unveröffentlichter Beitrag zum 9. Weimarer Kolloquium „Interdependenzen zwischen kulturellem Wandel und nachhaltiger Entwicklung“, 30./31. Oktober 2008.
- Vilar, Esther (1990): Die 25-Stunden-Woche – Arbeit und Freizeit in einem Europa der Zukunft, Econ: Düsseldorf.
- Wanger, Susanne (2006): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen – Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991–2004, Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2/2006.
- Weller, Ines (2004): Nachhaltigkeit und Gender – Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten, ökom verlag: München.



# **ZUKUNFT DER ARBEIT: DIENSTLEISTUNGEN ZWISCHEN EIGENARBEIT UND PROFESSIONALISIERUNG**

**Ronald Schettkat**

## **Abstrakt**

Dieser Beitrag befasst sich mit der Nachhaltigkeit von Beschäftigung und analysiert die Zusammenhänge zum Wirtschaftswachstum. Es wird gezeigt, dass der Zeitwohlstand enorm zugenommen und eine Verlagerung von der Haushaltsproduktion in den Markt stattgefunden hat, was insbesondere auf die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen ist. Den Industriestaaten geht nicht die Arbeit aus, ganz im Gegenteil. Alternativen zur Risikoabsicherung durch informelle Arrangements (räumliche Subsidiarität) oder zur Geldwirtschaft (Tauschringe, Zeitwährungen) sind mit Effizienz- einbußen verbunden, ihr gesellschaftlicher Mehrwert ist aber fragwürdig. Solange gesamtwirtschaftlich Effizienzgewinne auftreten, können wir uns mehr auch von technologisch stagnierenden Dienstleistungen, wie z.B. dringend notwendiger Aus- weitung von Bildung, leisten.

# 1 Einleitung

Dieser Beitrag befasst sich mit der Nachhaltigkeit von Beschäftigung (Erwerbsarbeit), mit der „Zukunft der Arbeit“, was auch eine Auseinandersetzung mit dem Dienstleistungssektor erfordert, denn Beschäftigungsgewinne in den Industrieländern werden ausschließlich dort erzielt. Dienstleistungen werden häufig als „neofeudal“ (Beck 2000:25), auf ökonomischer Ungleichheit gründend, charakterisiert, weshalb oftmals die Endfeudalisierung und Umverteilung der Erwerbsarbeit auf Haushaltsproduktion<sup>1</sup> favorisiert wird (z.B. Stahmer 2007, 2008). Tatsächlich ist der Dienstleistungssektor – und sind Dienstleistungsberufe – sehr heterogen. Die am höchsten entlohten, aber auch die am geringsten entlohten Tätigkeiten sind Dienstleistungen (Freeman/Schettkat 2005). „Arbeit“ umfasst neben der Erwerbsarbeit, auch so genannte Haushaltsproduktion: Kinderbetreuung und Erziehung, Reinigen und Putzen, Kochen, Do-It-Yourself und viele andere Dinge sind produktive Tätigkeiten<sup>2</sup>, aber sie sind in Eigenarbeit ausgeführt und nicht für den Markt bestimmt, weshalb zwar Werte geschaffen werden, aber kein Einkommen entsteht.

Eigenarbeit wird gelegentlich auch als Lösung für die Absicherung der Lebensrisiken propagiert, die vorgeblich in Erwerbsarbeit unbezahlbar geworden sind. Selbstverständlich kann die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger im privaten Haushalt oder in der Nachbarschaft (räumliches Subsidiaritätsprinzip) sehr viel liebevoller sein als in professionellen Händen; muss es aber nicht, denn leicht sind informelle Arrangements überfordert. Als Alternative zum Sozialstaat wird deshalb auch vorgeschlagen, gesicherte Ansprüche auf informelle Leistungen in Alternativwährungen (Zeitguthaben) aufzubauen. Das ist im Prinzip möglich, aber die Risiken (z.B. langandauernde Pflegebedürftigkeit) lassen sich in kleinen Gruppen (räumliche Subsidiarität) kaum absichern. Sind denn informelle Arrangements wenigstens effizienter, lässt sich gegenüber dem teuren Sozialstaat dadurch etwas einsparen? Auch hier kommt man wohl kaum zu einem positiven Ergebnis, wenn man nicht die Brutto-Lohnkosten der Eigenarbeiter (Opportunitätskosten) sehr niedrig ansetzt. Professionelle Arrangements – die formelle Ökonomie oder der Markt – haben sich in der Vergangenheit durchgesetzt, weil sie sehr viel effizienter waren, was auch bei zahlreichen Dienstleistungen aber nicht bei allen Dienstleistungen der Fall ist (vgl. Gregory/Salverda/Schettkat 2007).

---

<sup>1</sup> Oder etwas schicker „Eigenarbeit“. Der Begriff Eigenarbeit suggeriert Selbstbestimmung, die Befreiung von den Zwängen der kapitalistischen Produktion. In der Tat, so kann Eigenarbeit sein, aber sie ist es wohl vor allem dann, wenn sie tatsächlich frei gewählt ist und nicht aus ökonomischem Zwang heraus ausgeführt wird. Also dann, wenn Eigenarbeit auf ökonomisch gesicherter Basis ausgeübt wird.

<sup>2</sup> Zur Trennung von Konsum und Arbeit wird in der Regel das „Dritt-Person-Kriterium“ verwendet. Alle Tätigkeiten, die im Prinzip auch von einer dritten Person ausgeführt werden können, werden danach als Arbeit definiert. Es wird also vom direkten Nutzen des Tätigseins (in Erwerbs- oder in Eigenarbeit) abstrahiert, „joyless economy“ (Scitovsky 1975).

Im Folgenden werden die zentralen Fragen behandelt:

1. Wie viel Wachstum ist zur Stabilisierung von Beschäftigung nötig? Geht uns die Arbeit aus?
2. Was soll wachsen? Wie werden gesellschaftliche Bedarfe befriedigt?
3. Wie soll Arbeit organisiert werden? Professionell in Erwerbsarbeit oder in Eigenarbeit?
4. Wie soll der Austausch organisiert werden? Geldwirtschaft oder Tauschwirtschaft?

Es gibt natürlich noch viel mehr Probleme, von denen die meisten hier nicht behandelt werden. Ausgeblendet bleibt die ökologische Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Aktivität, wo bei allerdings nicht erkennbar ist, ob – bei gleichem Aktivitätsniveau – informelle oder formelle Produktion nachhaltiger ist. Es werden vor allem die ökonomischen Aspekte behandelt, weil in der Diskussion um die Zukunft der Arbeit soziologische Wortführer, konservative Familienpolitiker oder religiöse Werturteile dominant sind, was häufig zu wirtschaftspolitischen Wunschvorstellungen, Missverständnissen oder Scheinalternativen führt. So beruht die Präferenzierung traditioneller oder vorindustrieller Produktions- und/ oder Tauschformen auf einer Überhöhung vermeintlich positiver Aspekte dieser Organisationsformen und einer Abstraktion von den negativen Aspekten. Mit dem Vorschlag die Geldökonomie zugunsten von bilateralem Tausch oder Ringtausch zurückzudrängen wird die Hoffnung von mehr Menschlichkeit verbunden, aber selbst wenn diese Hoffnung begründet wäre, müsste doch der Preis hoher Effizienzverluste bezahlt werden. Das mag man befürworten, aber die Alternativen sollten wenigsten klar dafür formuliert sein.

## 2 Wie viel Wachstum ist zur Stabilisierung von Beschäftigung nötig? Geht uns die Arbeit aus?

Harrod (1939) hat die Summe aus den Wachstumsraten der Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung) und des Produktivitätsfortschrittes als „natürliches“ Wachstum bezeichnet, was zur Erhaltung von Vollbeschäftigung<sup>3</sup> notwendig ist. Sieht man vom Bevölkerungswachstum ab, dann muss die Nachfrage (Produktion) in einer Volkswirtschaft mit der Wachstumsrate der Produktivität zunehmen, weil anderenfalls die Beschäftigung (genauer das Beschäftigungsvolumen in Stunden) zurückgeht. Ceteris paribus kann die Beschäftigung nur zunehmen, wenn die Produktion stärker als die Produktivität wächst. Produktivitätsgewinne können natürlich auch in Form reduzierter Arbeitszeit „konsumiert“ werden, was die Zahl beschäftigter Personen ebenfalls stabilisieren kann. Die lange Zeit stagnierende Beschäftigung (oder das Korrelat: Die hohe, persistente Arbeitslosigkeit) in vielen Ländern Europas hat Skepsis gegenüber dem Wachstum als Beschäftigungsmotor aufkommen lassen, was allerdings verwundert, denn ein Blick über unsere Grenzen nach Amerika oder Skandinavien<sup>4</sup> zeigt, dass zumindest Deutschland noch hinreichend Spielraum für die Ausweitung von Beschäftigung hat.<sup>5</sup>

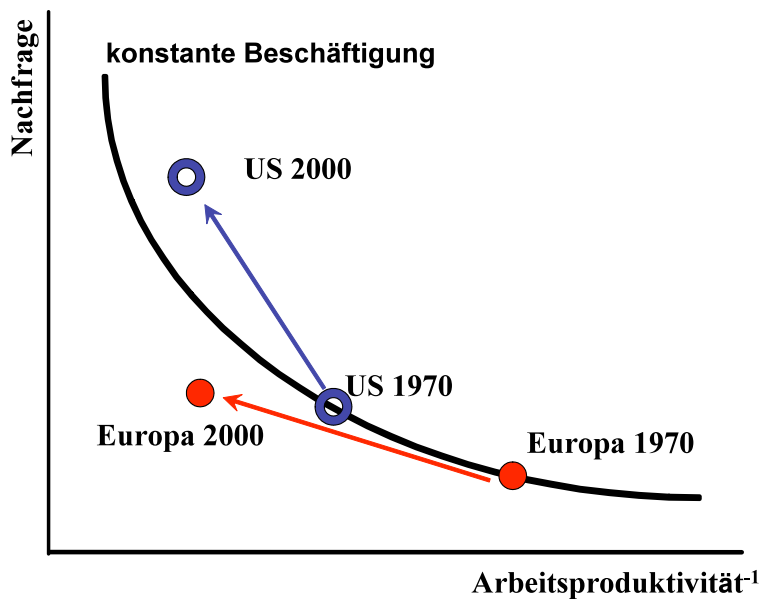
In Abbildung 1 wird nachhaltige Beschäftigung durch die dargestellte hyperbolische Funktion beschrieben. Produktivitätsgewinne vermindern bei unveränderter Nachfrage bzw. Produktion die Beschäftigung, d.h. die Volkswirtschaft bewegt sich horizontal zur Vertikalen hin, weil der gleiche Output, dieselbe Nachfrage mit weniger Beschäftigten produziert werden kann. Zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsniveaus (in Personen gemessen) bedarf es deshalb bei Produktivitätsgewinnen zunehmender Nachfrage bzw. Produktion oder einer entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit.

Grob lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung Europas im Vergleich zu den USA im Nachfrage-Angebots-Raum (Abbildung 1) folgendermaßen darstellen: Die Nachfrage

<sup>3</sup> Vollbeschäftigung in diesem Sinne bedeutet bei konstanter Arbeitszeit eine unveränderte Beschäftigungsquote.

<sup>4</sup> Amerika (USA) ist sicher eine durch relativ hohe Ungleichheit geprägte Ökonomie, aber die skandinavischen Länder besetzen das andere Ende der Skala, sie gehören zu den Ländern mit der egalitärsten Einkommensverteilung. In beiden Fällen handelt es sich um ausgesprochene Dienstleistungsökonomien (vgl. Gregory/Salverda/Schettkat 2007), weshalb die Gleichsetzung von Dienstleistungen mit Ungleichheit, amerikanischen oder gar neo-feudalen Verhältnissen überaus vereinfachend ist (vgl. auch Freeman/Schettkat 2005).

<sup>5</sup> Die Beschäftigungsstagnation in Deutschland (Europa) wird nahezu ausschließlich auf sogenannte Arbeitsmarktrigiditäten zurückgeführt, die durch die Hartz-Reformen behoben oder gemildert werden sollten. Makroökonomische Begründungen der Arbeitslosigkeit werden dagegen negiert, obwohl der Geld- und Fiskalpolitik zumindest eine Teilschuld nachgewiesen wurde (vgl. zum Beispiel: Solow 2007, de Grauwe/Costa Storti 2007, Schettkat/Sun 2008).

**Abbildung 1: Beschäftigung im Nachfrage-Angebots-Raum**

(Produktion oder Einkommen) der USA war bei ungefähr gleicher relativer Beschäftigung (relativ zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) 1970 sehr viel höher, weil die USA damals ein deutlich höheres Produktivitätsniveau als Europa erreicht hatten. Die USA waren technologisch führend. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts verminderte Europa (genauer Nordwest-Europa) den Produktivitätsabstand zu den USA (sogenanntes Catching-up) und lag zur Jahrtausendwende in der Produktivität mit den USA ungefähr gleich auf (Bailey/Solow 2001). In der Abbildung sind Europa und die USA deshalb im Jahr 2000 auf ungefähr gleicher Abzissenposition. Gleichzeitig nahm jedoch die Nachfrage in den USA (relativ zur Bevölkerung, also die Pro-Kopf-Nachfrage) stärker zu als die Produktivitätsgewinne, während in Europa die Nachfragesteigerung hinter den Produktivitätsgewinnen zurückblieb. Im Ergebnis zeigte sich ein Beschäftigungsboom bei ungefähr konstanter Arbeitszeit in den USA aber stagnierende oder auch schrumpfende Beschäftigung bei sinkender Arbeitszeit in Europa.<sup>6</sup> In Abbildung 1 liegen die USA in 2000 oberhalb der Funktion konstanter Beschäftigung, während Europa in 2000 darunter liegt.<sup>7</sup>

Zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung ist also Wachstum oder eine verminderte Arbeitszeit notwendig. Aber wird Wachstum damit zum Selbstzweck? Müssen wir mehr und mehr sinnlos konsumieren, damit es nicht zu Arbeitslosigkeit kommt, weil die Gesellschaft nicht in der Lage ist entweder auf andere Produkte oder kürzere Arbeitszeiten umzusteuern?

<sup>6</sup> In den USA wurde zudem ein Teil der Nachfragesteigerungen durch Importe gedeckt, während insbesondere Deutschland Exportüberschüsse erzielte.

<sup>7</sup> Die bekannten Sprünge in der Kurve der deutschen Arbeitslosigkeit lassen sich sehr gut durch eine bremsende Geldpolitik, die die Aufschwungsphasen schwächte, erklären (vgl. Schettkat/Sun (2008).

### 3 Was wächst? Was soll wachsen?

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde in erster Linie zur Erfassung der beschäftigungsrelevanten, auf Erwerb gerichteten Wirtschaftsaktivität entwickelt und ihr zentrales Maß, das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist blind gegenüber der Art der produzierten Güter und Dienstleistungen (Arrow et al. 1995).<sup>8</sup> Das BIP ist deshalb auch kein Wohlstandsmaß und noch viel weniger eines für das Wohlbefinden<sup>9</sup>, wenngleich eine hohe Korrelation mit dem von den UN entwickelten „Human Development Index“ besteht. Es ist bekannt, dass produktive Tätigkeiten auch außerhalb der von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassten Produktion statt findet (vor allem Haushaltsproduktion).

Der Wohlstand in der westlichen, kapitalistischen Welt hat enorm zugenommen, wir leben im materiellen Überfluss, der für vorhergehende Generationen undenkbar war. Aber dieser „Überfluss“ ist keineswegs ausschließlich in höheren materiellen Konsum geflossen, sondern in erheblicher Masse in die Befriedigung nichtmaterieller Bedürfnisse. Reisen, noch vor einem Jahrhundert wenigen vorbehalten, sind heute für viele selbstverständlich und zwar längst nicht nur bis nach Italien, sondern weit über die europäischen Grenzen hinaus. Wenn heute Jederfrau nach Italien reisen kann, so ist die Fahrt nicht mehr so romantisch, anstrengend und zeitraubend wie zu Goethes Zeiten, aber der erste Blick auf den Gardasee ist noch immer faszinierend und das Schlendern durch die Gassen von Rom ist noch immer erlebenswert. Natürlich, Massenkonsum und Massentourismus missen die Exklusivität, sie taugen nicht als Statussymbol. Güter haben immer mehrere Eigenschaften: Ein Auto ermöglicht Mobilität, aber es signalisiert auch Status, der natürlich aus der Wahrnehmung der Umgebung abgeleitet ist, es ist ein positionelles Gut (Hirsch 1995). Positionelle Güter sind nicht beliebig vermehrbar und je mehr ein Luxusgut zum Massengut wird, desto geringer ist der mit seinem Besitz verbundene Status. Die Demokratisierung des Wohlstandes (Harrod) zerstört Statussymbole.

Entspricht unser Lebensstil unseren Präferenzen oder erliegen wir gesellschaftlichen Trends, die uns nur durch Werbung aufgezwungen wurden? Unstrittig dürfte wohl sein – wenn auch nicht unter den härtesten Verfechtern der Annahmen des neoklassischen Urmodells, welche die Konsumentensouveränität beschwören<sup>10</sup> –, dass Menschen

---

<sup>8</sup> Es ist bekannt, dass im BIP der Verbrauch „freier“ Ressourcen nicht als Kosten der Produktion berücksichtigt wird, Reparaturkosten aber als Wertschöpfung erscheinen.

<sup>9</sup> Vgl. Layard (2006) für eine Zusammenfassung der „Glücksforschung“.

<sup>10</sup> Selbstverständlich treffen Individuen Entscheidungen „frei“, aber die soziale Isolation des Individuums im methodologischen Individualismus wird wohl eher als eine theoretische Überhöhung angesehen.



soziale Wesen sind und deshalb Bedürfnisse auch durch das gesellschaftliche Umfeld geprägt werden. Juliette Schor (1999) sieht den Massenkonsum in den USA vor allem durch Werbung vorangetrieben. Der Ökonom Robert Frank (1999) argumentiert, dass die Orientierung am Konsum unserer Nachbarn („keeping up with the Jones“, conspicuous consumption, Veblen 1899) durch die Orientierung am Konsum der Einkommenseliten abgelöst wurde. Deren Konsummuster werden durch die Massenmedien in unsere Wohnzimmer getragen werden und dieser Trend wurde durch die zunehmende Spreizung der US Einkommensverteilung befördert, die so auch den Massenkonsum in den USA beeinflusste. Franks Rezept gegen derartige übermäßige Konsumausweitung ist eine gleichmäßigere Einkommensverteilung.<sup>11</sup>

Es ist hier nicht der Platz für eine breitere Diskussion, aber es ist natürlich denkbar, dass der Ressourcenverbrauch auch bei Wirtschaftswachstum sogar absolut zurückgeht (vgl. Schettkat 2009), was zur Erreichung ökologischer Ziele notwendig ist.

---

<sup>11</sup> In der lokalen Differenzierung der Schulqualität sehen Warren/Tyagi (2003) den Hauptgrund einer Aufwärtsspirale bei Konsum und Hauspreisen.

## 4 Zeitwohlstand

Zeit ist für jedermann begrenzt, der Tag hat immer nur 24 Stunden und Zeit lässt sich nicht ansparen. Gerhard Scherhorn (1995) hat dem materiellen Wohlstand den Zeitwohlstand gegenübergestellt, der in der Tat bei unermüdlicher Jagd nach mehr Gütern auf der Strecke bleibt, wie es Burenstein Linder (1970) in seiner Opportunitätskostenanalyse geschildert hat. Mit steigendem Einkommen und zunehmender Verfügbarkeit von Gütern muss auch die „Produktivität“ der Konsumzeit steigen, aber um materiellen Wohlstand sinnvoll nutzen zu können, bedarf es Zeit. In der Rückschau muss man feststellen, dass sowohl der materielle Wohlstand wie auch der Zeitwohlstand erheblich gesteigert wurden.<sup>12</sup> Möglich war dieses durch stetige Produktivitätsgewinne, die durch den technologischen Fortschritt ermöglicht wurden.<sup>13</sup> Kürzere Arbeitszeiten, mehr Muße und Entspannung, eine intensivere Nutzung vorhandener Güter mag letztlich befriedigender sein, aber möglicherweise eilen unsere Wünsche stets den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung voraus, so daß wir niemals Entspannung und Zufriedenheit erreichen werden, weil es immer etwas gibt, dass wir auch noch tun möchten. Dieser Zusammenhang ist aber nicht auf die Benutzung von Gütern beschränkt, sondern findet auf Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten gleichermaßen Anwendung: Wer Skilaufen, Segeln, Musizieren, Malen und Lesen, Kinder erziehen und noch andere Dinge tun möchte, der wird schnell an die Grenzen seiner zeitlichen Möglichkeiten stoßen. Kürzere Arbeitszeiten können den Zeitdruck solange lindern bis neue Begehrlichkeiten entstehen, sie sollten aber im Sinne eines „Mehr“ statt eines Verzichts interpretiert werden und die Konzentration von Arbeit und Nichtarbeit auf bestimmte Personen und Lebensphasen ist sicher nicht wünschenswert.

In der historischen Perspektive hat der Zeitwohlstand enorm zugenommen. Angus Maddison (2001) hat in seiner Zusammenstellung von historischen Wirtschaftsstatistiken unter anderem die Entwicklung der Arbeitszeiten ermittelt und kommt unisono zu einer erheblichen Reduktion der jährlichen (Erwerbs-) Arbeitszeit der Beschäftigten durch kürzere Wochenarbeitszeiten und längere Urlaube. Tabelle 1 zeigt, dass die Erwerbsarbeitszeit in allen westlichen Ländern in den letzten 100 Jahren ungefähr halbiert wurde, aber dennoch empfinden wir Zeitnot und sehnen manchmal sogar die „alte Zeit“ herbei, die vermeintlich stressfreier war. Die Erwerbsarbeitsstunden je Bürger sind im unteren Teil von Tabelle 1 abgebildet, wobei sich ein ungefähr gleicher Trend wie bei den Arbeitsstunden je Beschäftigten zeigt, was das Ergebnis sinkender Jugendbeschäftigung zugunsten längerer (Aus-)Bildungszeiten<sup>14</sup>, sehr viel längerer

<sup>12</sup> Wenn die Zeitverwendung in der Gesellschaft auseinander läuft, besteht die Gefahr der Isolierung (Bowling alone, Putman 2000).

<sup>13</sup> Technologischer Fortschritt bezieht technischen Fortschritt ein, beschränkt sich aber nicht auf diesen.

<sup>14</sup> Ökonomen schreiben vom „Humankapital“ und Bildungszeiten werden zu Investitionsperioden (Becker 1965), was sicher ein Teilaspekt von Bildung ist, aber eben nicht der Einzige.

Phasen der „Zeitsouveränität“ im Alter bedingt durch frühere Verrentungen und stark gestiegene Lebenserwartungen teilweise kompensiert durch gestiegene Frauenerwerbstätigkeit ist. Natürlich lässt sich fragen, ob eine strikte Dreiteilung der Lebensphasen in Ausbildung, Erwerbsarbeit, Pensionierung sinnvoll ist oder ob nicht eine flexiblere Verteilung der Nichtarbeitszeit sinnvoller ist, aber das ändert nichts an ihrer grundsätzlichen Abhängigkeit von der Produktivität.

**Tabelle 1: Langfristige Entwicklung der Erwerbsarbeitszeit in „Industrielländern“**

	1870	1950	1973	1998	1998 / 1870
		[Stunden]			[%]
Jahresarbeitsstunden je Beschäftigten					
Frankreich	2945	1926	1771	1503	51.0
Deutschland	2841	2316	1804	1523	53.6
Niederlande	2964	2208	1751	1389	46.9
Schweden	2945	1951	1571	1582	53.7
Ver. Königreich	2984	1958	1688	1489	49.9
USA	2964	1867	1717	1610	54.3
Jahresarbeitsstunden je Bürger					
Frankreich	1364	905	728	580	42.5
Deutschland	1172	974	811	670	57.2
Niederlande	1133	899	671	660	58.3
Schweden	1360	952	749	711	52.3
Ver. Königreich	1251	871	753	682	54.5
USA	1084	756	704	791	73.0

Quelle: Angus Maddison (2001)

Betrachtet man nur die letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts, so zeigt sich einzig in den USA eine Zunahme der Arbeitszeit je Bürger, was mehrere Ursachen haben mag. Die USA hatten im Ausgangsjahr eine geringe Arbeitszeit je Bürger, weshalb der Rückgang geringer ausfällt als in den übrigen Ländern. Aber die Arbeitszeit liegt 1998 mit rund 800 Stunden um rund 100 Stunden über der europäischen Länder<sup>15</sup>. Nur Produktivitätsgewinne ermöglichen „demokratischen materiellen Wohlstand“ (Harrod), und auch „demokratischen Zeitwohlstand“. Einzelne können mehr Freizeit als der Durchschnitt beanspruchen, aber die Gesellschaft insgesamt kann es nicht. Insgesamt können nur so viele Güter konsumiert werden, wie zuvor produziert wurden. Einzelne können überdurchschnittlich viele Güter beanspruchen, aber das muss wie bei der Freizeit von anderen Gesellschaftsmitgliedern alimentiert werden. Die Gesellschaft insgesamt kann nur durch höhere Produktivität ihren Wohlstand vermehren (Güter- und oder Zeitwohlstand).

<sup>15</sup> Freeman/Schettkat (2005) begründen dies mit einer unterschiedlichen Aufteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit, die durch eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung verursacht wird.

Natürlich gibt es Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt. Wenn die Produktivität durch übermäßigen, gesundheitsschädlichen Leistungsdruck erhöht wird, deren Gewinne nur kurzfristig anfallen, deren Kosten aber zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar werden, dann ist die Produktivität nicht nachhaltig verbessert worden, sondern es hat lediglich eine Verschiebung von „Inputs“ stattgefunden, die auch unter puren Effizienzgesichtspunkten kontraproduktiv sein kann. Ebenso ist der Verbrauch natürlicher Ressourcen zu bilanzieren, damit Effizienz- und Wachstumsgewinne unverzerrt ermittelt werden können.<sup>16</sup>

Entsprechen die realisierten Arbeitszeiten den präferierten Arbeitszeiten? Für die abweichende Entwicklung der Arbeitszeiten in den USA und Europa gibt es sehr unterschiedliche Erklärungen: Olivier Blanchard (2004) argumentiert, dass die USA wie auch Europa im Gleichgewicht sind. Die längeren Arbeitszeiten der Amerikaner wie auch die kürzeren der Europäer entsprechen also den unterschiedlichen Präferenzen. Gary Becker (1965) hat mit seiner ökonomischen Analyse des Verhaltens zu erklären versucht, warum Amerikaner schnell zu zubereitende Steaks essen und Europäer Eintopf kochen: Die Opportunitätskosten<sup>17</sup> der Amerikaner sind höher als die der Europäer. Edward Prescott (2004) identifiziert in einer neueren Variante der Beckerschen Analyse hohe Steuern in Europa<sup>18</sup> als Ursache kürzerer Arbeitszeiten, es bestehe in Europa ein geringerer Anreiz Arbeit aufzunehmen und auszudehnen. Beide Autoren können aber die Entwicklung über die Zeit innerhalb der Länder nicht erklären: In Blanchards Argumentation muss es einen Umschwung in den kulturellen Werten gegeben haben, denn noch 1970 haben Europäer länger gearbeitet als Amerikaner und Prescott kann die Zunahme der Beschäftigung in den USA nicht erklären, denn der Durchschnittssteuersatz hat sich in den USA kaum verändert.

Freeman und Schettkat (2005) zeigen, dass sich vor allem die Erwerbsarbeitszeiten von amerikanischen und deutschen Frauen unterscheiden, diese Unterschiede aber verschwinden, wenn die Gesamtarbeitszeit (Erwerbsarbeitszeit plus Haushaltsproduktionszeit) betrachtet wird<sup>19</sup>. Amerikanerinnen teilen ihre Arbeitszeit ungefähr gleich auf Erwerbsarbeit und Haushaltsproduktion auf, während deutsche Frauen nur rund ein Drittel ihrer Arbeitszeit in Erwerbsarbeit und zwei Drittel mit Haushaltsproduktion verbringen.<sup>20</sup> Sie argumentieren, dass die Spezialisierung der Haushalte in den USA weiter fortgeschritten ist, was mit dem erfolgreichen Aufstieg von Amerikanerinnen in der Lohnhierarchie, ihrem hohem Bildungsstand und im Support-System (von der

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Moll/Bringezu/Schütz (2005).

<sup>17</sup> Der Opportunitätskostenbegriff bietet möglicherweise für Verwechslungen Anlass, denn Eigenarbeit kann zwar Ausgaben einsparen, aber sie kann eben kein Einkommen generieren, das in entwickelten Volkswirtschaften zur gesellschaftlichen Teilhabe unabdingbar ist.

<sup>18</sup> Ceteris paribus bedeuten höhere Steuern niedrigere Nettolöhne, weshalb der Anreiz eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen im Hochsteuerland geringer sein sollte.

<sup>19</sup> Bei Männern im Kernalter (25–55 Jahre) sind die Unterschiede minimal.

<sup>20</sup> Die transatlantischen Unterschiede zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit wurden vor allem durch unterschiedliche Erwerbsbeteiligungen begründet. In Deutschland hat in der jüngsten Vergangenheit ein starker Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung stattgefunden, wobei aber sehr kurze Arbeitszeiten zu beobachten sind (vgl. Freeman 2007).

Kinderbetreuung bis zum Angebot fertiger oder halbfertiger Mahlzeiten) begründet ist. In Deutschland sind dagegen Frauen in den höheren Lohngruppen nur spärlich vertreten und das Support-System ist hinderlich für die Erwerbsbeteiligung von Müttern.<sup>21</sup>

Kann es sein, dass individualisierte Lohnverhandlungen in den USA zu suboptimal langen Arbeitszeiten führen? Thomas Schelling (1978) hat auf einfache aber umso eindrucksvollere Weise gezeigt, dass individuelles Handeln unter Wettbewerbsbedingungen zu suboptimalen individuellen und gesellschaftlichen Ergebnissen führen kann. Es ist keineswegs gesichert, dass ein unkoordiniertes Marktsystem einen Optimalzustand erreicht, vielmehr kann es sein, dass selbst bei homogenen Präferenzen ohne Regulierung dieses Optimum nicht erreicht wird. In der amerikanischen National Hockey League bedurfte es der Verpflichtung zum Tragen von Helmen (Regulierung), obwohl jeder Spieler das Tragen von Helmen als notwendig ansah, aber Helme einen kleinen Nachteil gegenüber dem helmlosen Spiel bedeuteten, weshalb sich das freiwillige Tragen von Helmen im Wettbewerb unter den Spielern nicht durchsetzen konnte. Erst die Regulierung (Helmpflicht) machte das Erreichen des Optimums möglich. Es kann also sein, dass es in der weniger koordinierten US-Ökonomie zu suboptimalen, unerwünscht langen Arbeitszeiten kommt, weil „collective voice“ (Hirschman 1970) durch Gewerkschaften nicht (mehr) ausreichend hörbar ist. Gewerkschaften werden von einigen Ökonomen gern als Monopolisten dargestellt, deren Funktionäre nicht nur den Arbeitgebern, sondern sogar den eigenen Mitgliedern ihre Vorstellungen aufzwingen, wozu die Verkürzung der Arbeitszeiten in Europa häufig als Illustration dient. Haben die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nach kürzeren Arbeitszeiten über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg gehandelt oder waren sie „collective voice“, die Institution, die den individuellen Präferenzen Nachdruck verschafft hat (Alesina/Glaeser/Sacerdote 2003)?

In Europa war in der Vergangenheit die „collective voice“ der Arbeitnehmer wahrscheinlich ausreichend hörbar, aber Tabelle 2 „Welche Arbeitszeitmuster präferieren Europäerinnen?“ zeigt, dass tatsächliche und präferierte Arbeitszeiten von Europäerinnen, deren Ehemann vollzeitig beschäftigt ist, nicht immer deckungsgleich sind. Zunächst fällt in Tabelle 2 ins Auge, dass „Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig“ (Spalte 3) nur geringe Präferenz hat – insbesondere in Deutschland –, aber tatsächlich sehr häufig vorzufinden ist. Überwiegend werden entweder „Vollzeit/Vollzeit“ oder „Vollzeit/Teilzeit“ Arrangements präferiert, wobei die Niederlande hinsichtlich der „Vollzeit/Teilzeit“ Präferenz und Schweden hinsichtlich der „Vollzeit/Vollzeit“ Präferenz das Spektrum abstecken<sup>22</sup>. In keinem Land sind aber Präferenzen und tatsächliche Arbeitszeit im Einklang, d.h. die realisierten Arbeitszeitarangements stellen kein Gleichgewicht dar. Die Daten zeigen deutlich, dass in allen Ländern eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen präferiert wird. Soll eine höhere Erwerbsbeteiligung

<sup>21</sup> Erstaunlicherweise hat sich der Zusammenhang von Fertilität und Frauenerwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich von negativ zu positiv verkehrt (vgl. Freeman 2007).

<sup>22</sup> Vermutlich wurden die Präferenzen stark durch den institutionellen Rahmen der jeweiligen Länder beeinflusst.

von Frauen durch radikale Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit unter Beibehaltung oder gar Erweiterung der Haushaltsproduktion angestrebt werden oder sollte „Professionalisierung“, also eine Substitution von Haushaltsproduktion durch Erwerbsarbeit präferiert werden?

**Tabelle 2: Präferenzen von Frauen hinsichtlich der Arbeitszeitarrangements von Männern und Frauen**

	Mann Vollzeit			
	Frau Vollzeit	Frau Teilzeit	Frau nicht erwerbstätig	Andere
	1	2	3	4
	<b>PRÄFERIERT</b>			
<b>Schweden</b>	66,8	22,2	6,6	4,4
<b>Großbritannien</b>	21,3	41,8	13,3	23,6
<b>Deutschland</b>	32,0	42,9	5,7	19,4
<b>Niederlande</b>	5,6	69,9	10,7	13,8
<b>Frankreich</b>	52,4	21,9	14,1	11,7
	<b>TATSÄCHLICH</b>			
<b>Schweden</b>	51,1	13,3	24,9	10,7
<b>Großbritannien</b>	24,9	31,9	32,8	10,4
<b>Deutschland</b>	15,7	23,1	52,3	8,9
<b>Niederlande</b>	4,8	54,8	33,7	6,7
<b>Frankreich</b>	38,8	14,4	38,3	8,4
	<b>PRÄFERIERT – TATSÄCHLICH</b>			
<b>Schweden</b>	15,7	8,9	-18,3	-6,3
<b>Großbritannien</b>	-3,6	9,9	-19,5	13,2
<b>Deutschland</b>	16,3	19,8	-46,6	10,5
<b>Niederlande</b>	0,8	15,1	-23	7,1
<b>Frankreich</b>	13,6	7,5	-24,2	3,3

Quelle: EU Kommission Survey (2002), Eurostat

## 5 Professionalisierung

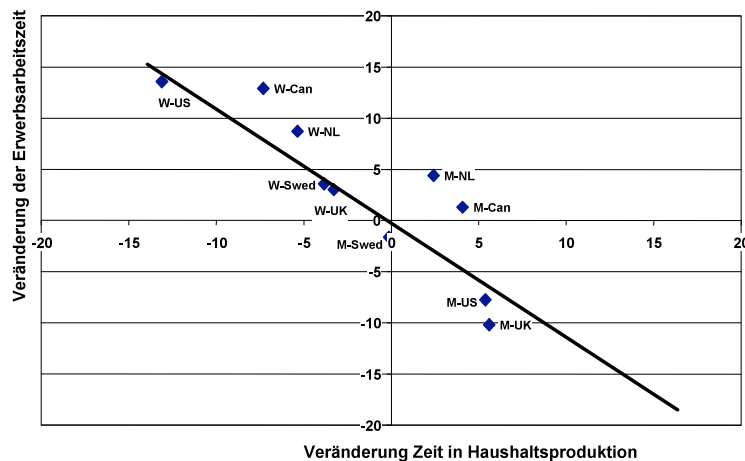
Die Wirtschaftsgeschichte kann als fortlaufende Spezialisierung charakterisiert werden, in der kontinuierlich Funktionen aus den Haushalten ausgelagert wurden, was enorme Produktivitätsgewinne ermöglichte und letztlich hoch komplexe Produkte und Gesellschaftsformen hervorbrachte. Dieser Prozess ist auch heute noch nicht abgeschlossen, wie Abbildung 2 verdeutlicht. In der Abbildung ist die Veränderung der Erwerbsarbeitszeit (Vertikale) als Funktion der Veränderung der Haushaltsproduktionszeit (Horizontale) während der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts dargestellt.<sup>23</sup> Im linken oberen Quadranten, dort wo die Erwerbsarbeitszeit zugenommen und die Hausarbeitszeit abgenommen hat, finden sich ausschließlich Frauen, während bei den Männern -weniger eindeutig- der umgekehrte Prozess stattgefunden hat. In den westlichen Industrieländern hat vor allem eine weitere Spezialisierung der Haushalte, verbunden mit einer – wenngleich nicht so stark ausgeprägten – Umverteilung von Erwerbs- und Hausarbeit zwischen Männern und Frauen, stattgefunden. Eigenarbeit, Haushaltsproduktion, wurde durch Erwerbsarbeit substituiert.

Sehr deutlich ausgeprägt ist diese Entwicklung in den USA, wo man die Ursache in neo-feudalistischen Strukturen vermuten mag, aber eine sehr ähnliche Entwicklung ist auch in Skandinavien zu beobachten, wo diese Charakterisierung wohl kaum zutreffend sein dürfte. In Skandinavien wie in den USA haben Frauen frühzeitig sehr hohe Bildungsniveaus erreicht, was einerseits durch höhere erzielbare Einkommen aber auch durch den Wunsch nach Teilhabe und Unabhängigkeit zu einer höheren Erwerbsbeteiligung führt (vgl. ausführlicher Freeman/Schettkat 2005). Wer aber vermutet, dass die Entwicklung mit einem Boom neo-feudaler Hausangestelltenverhältnisse einhergeht, wird enttäuscht. Weder in Skandinavien noch in den USA haben Angestelltenverhältnisse in privaten Haushalten einen nennenswerten Anteil. Die Auslagerung von Haushaltsaktivitäten verläuft subtiler als durch die direkte Substitution von eigener Hausarbeit durch dieselben professionellen Tätigkeiten. Vorbereitete Mahlzeiten, Restaurants, Geschirrspülmaschinen, Kindergärten etc. substituieren die Eigenarbeit, wenngleich in Manhattans Upper East Side (wohl die Region mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Welt) auch „Nannys“ im Straßenbild unübersehbar sind.

---

<sup>23</sup> Es sind jeweils die Veränderungen in der Erwerbsarbeitszeit und der Haushaltsproduktion derjenigen Länder erfasst, für die Zeitbudgeterhebungen für mindestens zwei Zeitpunkte vorlagen (USA, Schweden, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Kanada, vgl. für Details: Freeman/Schettkat 2005).

**Abbildung 2: Veränderung von Erwerbs- und Eigenarbeit bei Frauen und Männern in ausgewählten Industrieländern**



Quelle: Freeman/Schettkat 2005

## USA, Kanada, Großbritannien, Schweden, Niederlande

Es sind nicht so sehr „neo-feudale“ Arbeitsverhältnisse, sondern andere Organisationsformen, die in der modernen Dienstleistungsgesellschaft dominieren. Warum haben aber Dienstleistungen den schalen Beigeschmack vorindustrieller Ausbeutungsverhältnisse? Es wird nicht als unrühmig empfunden ein Auto in der Werkstatt mit Schmierstoffen versorgen zu lassen, die Schuhreparatur ist ebenfalls kein Problem, aber das Polieren der Schuhe durch Schuhputzer erzeugt Unbehagen. Kultur ist ein möglicher Grund für diese Differenzierung, schließlich gibt es in Städten Südamerikas wie selbstverständlich Schuhputzer. Ökonomische Zusammenhänge mögen die Unterschiede in der Akzeptanz aber ebenfalls begründen: Offenbar ist die Akzeptanz von Fremdleistungen hoch, wenn die Leistung professionell sehr viel effizienter erbracht werden kann als in Eigenarbeit, wenn also die Spezialisierung Produktivitätsgewinne ermöglicht. Diese können einerseits durch besondere Fertigkeiten begründet sein, deren Aneignung langwierig und deshalb nur bei permanenter Auslastung sinnvoll ist. Der einzelne Haushalt könnte diese Fertigkeiten prinzipiell ebenfalls erwerben, würde sie für den Eigenbedarf aber nicht ausreichend nutzen. Die professionelle Organisation, Spezialisierung, ist deshalb sehr viel effizienter. Anders ist es bei Tätigkeiten, die in Eigenarbeit praktisch genauso produktiv ausgeführt werden wie bei professioneller Erbringung, etwa beim Hausputz. Hier macht die Substitution der Eigenleistung durch Fremdbezug ökonomisch nur Sinn, wenn der eigene Lohn sehr viel höher als der des professionellen Dienstleisters ist. Sehr große Einkommensunterschiede ermöglichen also den Ersatz von



Eigenarbeit durch Fremdbezug und dies kann in der Tat zu neo-feudalen Strukturen führen (vgl. ausführlicher Freeman/Schettkat 2005).<sup>24</sup>

Ein Großteil der Haushaltsproduktionszeit wird für die Betreuung und Erziehung der Kinder aufgewendet, die nach dem „Dritt-Person-Kriterium“ ebenfalls professionalisiert werden kann. Insbesondere bei Dominanz von Kleinfamilien kann die Professionalisierung Effizienzgewinne ermöglichen, weil mehrere Kinder gleichzeitig von einer Erzieherin betreut werden können. Die Urteile über die „Qualität“ professioneller Kinderbetreuung laufen allerdings weit auseinander. Ist Kindererziehung am Besten in der Familie -oder gar bei der Mutter- aufgehoben oder ist eine professionelle Betreuung vorteilhafter? Die konservative Überhöhung der Familie spielt hier natürlich eine große Rolle, weshalb Bundesministerin Ursula von der Leyen, beim Versuch traditionelle Arrangements von Familie und Kindererziehung in Deutschland auf „Europäisches Niveau“ zu heben, der Gegenwind ihrer konservativen Parteifreunde kräftig ins Gesicht bläst. Betrachtet man Kindererziehung als Bildung, dann dürfte Professionalisierung wohl außer Frage stehen<sup>25</sup>.

Insbesondere unter den Finanzministern ist es sehr beliebt mehr direktes Elternengagement einzufordern und natürlich können Kindergärten und Schulen so belebt werden. Der Haken ist nur, dass sich – wie in Familien auch – in der Regel Gleich zu Gleich gesellt und damit die Segregation der Gesellschaft verstärkt wird, und nicht für eine soziale Durchmischung Sorge getragen wird. Eine Verlagerung dieser Bildungsleistungen in den informellen Eigenarbeitsbereich noch dazu unter Anwendung des räumlichen Subsidiaritätsprinzips dürfte die durch langanhaltende Arbeitslosigkeit und Rückschneidung des Sozialstaates ohnehin vorhandenen und in Deutschland besonders ausgeprägten Segregationstendenzen dramatisch verstärken, denn man kann wohl nicht behaupten, dass Wohngebiete nicht durch spezifische soziale Schichten geprägt sind. Nachhaltige Integration erfordert aber, dass Bildungschancen möglichst gleichmäßig verteilt sind und Benachteiligungen ausgeglichen oder wenigsten nicht verstärkt werden. Aber auch unter ökonomischen Gesichtspunkten sind schichtspezifische Bildungschancen fatal, wenn Talente und Fähigkeiten schichtunspezifisch verteilt sind.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Die USA haben eine breitere Lohnspreizung als westeuropäische Länder, aber in Deutschland hat die Lohnspreizung seit Mitte der 1990er Jahre rasant zugenommen und hat das Niveau von Großbritannien erreicht (Schettkat 2006). Eine ausführliche Analyse des Niedriglohnsektors in den USA und Europa findet sich in demnächst erscheinenden Bücher der Russell Sage Foundation.

<sup>25</sup> Qualität der Erziehungseinrichtungen hinsichtlich personeller Ausstattung (quantitativ und qualitativ), Flexibilität soll hier nicht weiter thematisiert werden.

<sup>26</sup> Im internationalen Maßstab erleiden die Länder Nachteile, die ihr kreatives und intellektuelles Potenzial nicht ausschöpfen.

## 6 Zeit als Währung? Mehr Menschlichkeit durch ineffizienten Tausch?

Zu den wohl voraussetzungsreichsten kulturellen Leistungen gehört die Einführung eines allgemeinen, universell verwendbaren Zahlungsmittels, das Geld, denn dadurch kann die Spezialisierung erhöht und dennoch die Transaktionskosten enorm gesenkt werden. Um dem Austausch von Leistungen das Ökonomische zu nehmen,<sup>27</sup> wird gelegentlich eine Abkehr von der Geld- hin zur direkten Tauschwirtschaft oder eine Zeit- und Gutscheinwirtschaft vorgeschlagen (z.B. Stahmer 2007). Gegenüber der reinen Tauschwirtschaft sollen diese Austauschformen die Flexibilität durch zeitliche und personelle Entkoppelung erhöhen und so die Transaktionskosten senken. Aber die Transaktionskosten werden im Vergleich zur Geldwirtschaft noch immer sehr viel höher sein, denn ein universales Zahlungsmittel bietet natürlich die höchste Flexibilität bei geringsten Transaktionskosten. Warum aber soll auf ineffiziente Produktions- und Austauschformen zurückgegriffen werden? In der Regel wird dann auch nicht der Ineffizienz gehuldigt, sondern es wird das Erreichen anderer Ziele damit verknüpft.

Selbstverständlich müssen die Kosten der Produktion und Nutzung von Produkten umfassend bewertet werden. Effizienzsteigerung auf Kosten nicht bilanzierter Umweltschäden etwa ist eine „Vogel-Strauss-Politik“, es wird nur verdrängt und evtl. zeitlich verschoben, aber irgendwann werden die Kosten zu tragen sein. Tauschsysteme sind aber natürlich genauso wenig vor Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Kosten gefeit wie jedes andere System. Es kann in der Tauschwirtschaft genauso zu „Marktversagen“ kommen wie in der Geldwirtschaft. In jedem System müssen externe Kosten bei nachhaltiger Produktion und Konsumption internalisiert werden.

Der Charme der Zeitwährung, in der Arbeitszeit eins zu eins getauscht wird, besteht in der Gleichbewertung der Zeit eines jeden Tauschpartners. Es ist also auf den ersten Blick ein sehr egalitäres System. Da aber wohl kein Kontraktionszwang vorgesehen ist, sondern im Gegenteil das System auf informelle, freiwillige Beziehungen begründet sein soll, wird es extrem selektiv wirken. Leistungsfähige werden Zeitkontingente mit anderen Leistungsfähigen tauschen, was ist in vielen Bereich evtl. als unproblematisch angesehen wird, aber bei Bildung, Versorgung, Absicherung ist es relevant.

Wenn der Wohlfahrtsstaat als „all inclusive“ Versorgungsmaschine, die dem Einzelnen jegliche Vorsorge und Risiken abnimmt, dargestellt wird, so fehlt diesen Vorwürfen selbst in den aus allgemeinen Steuermitteln und nicht durch Beiträge finanzierten

---

<sup>27</sup> Gutscheine oder Tauschringe werden möglicherweise aber auch mit dem Ziel der Steuervermeidung eingeführt.

Systemen – etwa in der Schweiz oder in Großbritannien – der Realitätsgehalt. Will man zur „sozialen Sicherung“ zur Absicherung von Risiken, gar das räumliche Subsidiaritätsprinzip propagieren, wird Segregation befördert, wo Integration notwendig ist. So verlockend Nachbarschaftshilfe oder Eigenarbeit klingt, so fraglich ist es, ob sie dauerhafter Belastungen standhalten würde. Man mag den Übergang von einem ländlich geprägten, von Familien dominierten System in ein urbanes System mit seiner größeren Anonymität beklagen, aber weltweit leben mehr Menschen in Städten als in Dorfgemeinschaften mit steigender Tendenz zum urbanen Lebensstil.

## 7 Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Produktivitätsgewinne erlauben Wirtschaftswachstum und/oder eine Verkürzung der Arbeitszeit, was in der Vergangenheit auch genutzt wurde. Zwar gab es immer wieder Phasen der Wachstumsschwäche, aber neue Bedarfssfelder erweiterten stets den Raum unsere Bedürfnisse. Luxus wurde durch Effizienzgewinne demokratisiert und immaterielle (aber nicht notwendigerweise ökologisch verträgliche) Bedürfnisse nahmen wachsende Teile unserer Einkommen in Anspruch. Die Sättigung unserer Bedürfnisse wird in Teilbereichen sicher eintreten, aber eine allgemeine Sättigung ist nicht absehbar, weshalb uns die Arbeit nicht ausgehen wird. Sollte uns tatsächlich die Arbeit ausgehen, so hilft natürlich die Verlagerung von Tätigkeiten aus der erwerbswirtschaftlichen in die informelle Sphäre nicht. Unser Wachstumsmaß, das BIP, ist beschäftigungsrelevant, aber es ist blind hinsichtlich der Struktur des Outputs. Im Extrem ließe sich Wachstum beispielsweise gänzlich durch Bildung nahezu unbegrenzt steigern.

Es gibt sicher ausreichend unbefriedigte gesellschaftliche Bedarfe, die aber häufig im technologisch stagnierenden Teil des Dienstleistungssektors angesiedelt sind und deshalb steigende relative Preise aufweisen (Baumols Kostenkrankheit), was den Eindruck erweckt, dass sie unbezahlbar wären. Solange aber die gesamtwirtschaftliche Produktivität wächst, können wir uns mehr von allem leisten. Andere Argumentationen erliegen der Geldillusion (Baumol 2007).

Kann der Sozialstaat durch räumliche Subsidiarität, durch Umverteilung der Erwerbs- in Eigenarbeit entlastet werden? Zur Risikoabsicherung sind kleine Gemeinschaften ungeeignet und sie sind bei dauerhafter Hilfsbedürftigkeit wohl auch schnell überfordert. Eigenarbeit kann die Kostenkrankheit einiger Dienstleistungen nicht beheben. Kein System ist wohl selektiver als das informelle, was bei Kinderbetreuung und Bildung den Zielen der Integration und Chancengleichheit zuwider läuft.

## Literatur

- Alesina, A.; Glaeser, E.; Sacerdote, B. (2005): Work and Leisure in the US and Europe: Why so Different? *NBER Macroeconomics Annual*, 2005. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Arrow, K.; Bolin, B.; Costanza, R.; Dasgupta, P.; Folke, C.; Holling, C.; Jansson, B.; Levin, S.; Mäler, K.; Perrings, C.; Pimentel, D. (1995): Economic Growth, Carrying Capacity, and the Environment. *Ecological Economics* 15, 91–95
- Bailey, M., Solow, R. (2001): International Productivity Comparisons Built from the Firm Level. *Journal of Economic Perspectives* 15, 151–173.
- Baumol, W. (1967): The Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis. *American Economic Review* 62, 415–426.
- Baumol, W. (2001): Paradox of the Services: Exploding Costs, Persistent Demand. In: Raa, T.; Schettkat, R.: *The Growth of Service Industries: The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Baumol, W. (2007): On Mechanisms Underlying the Growing Share of Service Employment in the Industrialized Economies. In: Gregory, M., Salverda, W.; Schettkat, R. ed. (2007): *Services and Employment. Explaining the U.S.-European Gap*. Princeton and Oxford: Princeton University Press: 63–80.
- Becker, G. (1965): A Theory of the Allocation of Time. *Economic Journal* 75, 493–517.
- Blanchard, O. (2004): The Economic Future of Europe. *Journal of Economic Perspectives* 18, 3–26.
- de Graaf, J.; Wann, D.; Naylor, T. (2002): *Affluenza. The All-Consuming Epidemic*. San Francisco: Berret-Koehler Publishers, Inc.
- De Grauwe, P.; Costá Storti, C. (2007): Monetäre Politik und reale Ökonomie. In: Schettkat, R.; Langkau, J.: *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*. Bonn: Dietz, pp. 49–80.
- EU Kommission (2002): Employment in Europe, Brussels.
- Frank, R. (1999): *Luxury Fever: Why Money Fails to Satisfy in an Era of Excess*. New York: Free Press.
- Freeman, R. (2007): Gesucht: Ein neues Wirtschaftswunder. In: Schettkat, R.; Langkau, J.: *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*. Bonn: Dietz, pp. 195–224.
- Freeman, R.; Schettkat, R. (2005): Marketization of Household Production and the EU-US Gap in Work. *Economic Policy* 20, 6–50.
- Friedman, B. (2005): *The Moral Consequences of Economic Growth*. New York: Alfred A. Knopf.

- Gregory, M.; Salverda, W.; Schettkat, R. ed. (2007): *Services and Employment. Explaining the U.S.-European Gap*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Griliches, Z. (1992): Introduction to Output Measurement in the Service Sector. In: Griliches, Z.: *Output Measurement in the Service Sector*. Chicago: University of Chicago Press.
- Harrod, R. (1939): An Essay on Dinamic Theory. *The Economic Journal* 49, 14–33.
- Hartard, S.; Schaffer, A.; Stahmer, C. (Hrsg.) (2006): *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*: Nomos.
- Heston, A.; Summers, R.; Aten, B. (2002): *Penn World Table. Version 6.1*: Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania.
- Hirsch, F. (1995): *Social Limits to Growth*. New York and London: Routledge.
- Hirschman, A. (1970): *Exit, Voice and Loyalty*. Cambridge: Harvard University Press.
- Layard, R. (2006): *Happiness. Lessons from a New Science*. New York: Penguin Press.
- Linder, S. (1970). *The Harried Leisure Class*. New York: Columbia University Press.
- Maddison, A. (2001): *The World Economy: A Millennial Perspective*. Paris: OECD.
- Moll, S.; Bringezu, S.; Schütz, H. (2005): Resource Use in European Countries. An estimate of materials and waste streams in the Community, including imports and exports using the instrument of material flow analysis, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.
- Prescott, E. (2004): Why Do Areicans Work so Much More than Europeans? *Federal Reserve Bank of Minesota Quarterly Review* 28, 2–13.
- Putman, R. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Schelling, T. (1978): *Micromotives and Macro Behavior*. New York: Norton.
- Scherhorn, G. (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand. Über die Unvereinbarkeit des materiellen und des immateriellen Produktivitätsbegriffs. In: Biervert, B. (Hrsg.): *Zeit in der Ökonomik. Perspektiven für die Theoriebildung*. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag: 147–168.
- Schettkat, R. (2003): Differences in US-German Time-Allocation: Why Do Americans Work Longer Hours then Germans? *IZA Discussion Paper No. 697*.
- Schettkat, R.; Sun, R. (2008): Monetary Policy and European Unemployment. Draft prepared for the LOWER Conference: “Institutions, Markets and European Unemployment Revisited: What have we learned?” Amsterdam April 18/19 2008.
- Schettkat, R. (2009): Analyzing the Rebound Effect, WI Discussion Paper, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.
- Schor, J. (1999): *The Overspent American. Why We Want What We Don't Need*. New York: HarperPerennial.
- Scitovsky, T. (1976): *The Joyless Economy. The Psycology of Human Satisfaction*. London: Oxford University Press.

- Solow, R. (2007): Die Beschränktheit der markoökonomischen Diskussion überwinden. In: Schettkat, R.; Langkau, J.: *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*. Bonn: Dietz, pp. 35–48.
- Stahmer, C. (2008): Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grund-sicherung. In diesem Paper.
- Veblen, T. (1899): *The Theory of the Leisure Class. An Economic Study on the Evolution of Institutions*. New York: Macmillan.
- Warren, E.; Tyagi, W. (2003): *The Two Income Trap*. New York: Basic Books.





## DEMOKRATISIERUNG DES WOHLSTANDS

Gerhard Scherhorn

### Worum geht es?

Carsten Stahmer skizziert ein Gesellschaftsmodell, in dem die individuelle Existenz und die gesellschaftliche Integrität nicht durch ein Kurieren an Symptomen gesichert werden, sondern durch Korrektur der Strukturen, die beide, Existenz und Integration, gefährden. Er behandelt allerdings nicht alle korrekturbedürftigen Strukturelemente; insbesondere klammert er – ebenso wie Schettkat – die zunehmende Ungleichverteilung der *Einkommen* zwischen den oberen und den unteren Schichten aus.

Stahmer konzentriert sich auf die Ungleichverteilung der *Arbeit*, und das mit zweifacher Begründung: Zum einen weil die Erwerbsarbeit zwischen den Erwerbswilligen ungleich verteilt ist – die einen haben zuviel zu tun, die anderen werden marginalisiert; zum anderen weil die Nichterwerbsarbeit auf die Geschlechter ungleich verteilt und gesellschaftlich diskriminiert wird.

- Der Marginalisierung Erwerbswilliger setzt er die Forderung nach Stärkung der beruflichen und sozialen Kompetenz entgegen, geht aber davon aus, dass das allein keine Vollbeschäftigung bei Vollzeitarbeit mehr bewirken kann, da die Produktivität schneller steigt als die Nachfrage nach den produzierten Gütern; also steht für ihn an erster Stelle die Forderung nach *Teilung der Erwerbsarbeit*. Sie hat seiner Konzeption den pointierenden Namen „Halbtagsgesellschaft“ gegeben; tatsächlich soll die Erwerbsarbeit pro Erwerbstätigen nicht halbiert, sondern im Durchschnitt verringert werden.
- Der Ungleichverteilung und Diskriminierung der Nichterwerbsarbeit setzt er die Forderungen nach Gleichrangigkeit bezahlter und unbezahlter Arbeit, gleicher Teilhabe der Geschlechter an beiden sowie Stärkung sozialer Netzwerke entgegen, weil er davon ausgeht, dass Nichterwerbsarbeit *gesellschaftlich notwendig bleibt*, auch wenn Teile von ihr durch Erwerbsarbeit ersetzt werden können.

Ronald Schettkats Kritik wendet sich gegen die erste der beiden Forderungen – Teilung der Erwerbsarbeit – und gegen die zweite der beiden Annahmen – Notwendigkeit der Nichterwerbsarbeit – in Stahmers Modell:

- Er sieht für die Professionalisierung der Nichterwerbsarbeit, die im Gang ist und weitergeht, ein so großes Potential, dass sie zusammen mit zwei weiteren aktuellen Tendenzen ausreichen kann, Vollbeschäftigung zu sichern, ohne dass die Erwerbsarbeit durch staatliche Eingriffe geteilt werden muss. Die beiden anderen Tendenzen sind der Strukturwandel, der Teile der Industriearbeit durch soziale und kulturelle Dienstleistungen ablöst, und der Prozess der allmählichen Arbeitszeitverkürzung, der bereits seit dem Beginn der Arbeitszeitstatistik andauert.
- Er sieht alle Nichterwerbsarbeit, soweit sie überhaupt von Dritten besorgt werden kann, als professionalisierbar an. Daraus folgt für ihn, dass sie nach und nach in Erwerbsarbeit überführt wird, auch und gerade in Erwerbsarbeit von Frauen. Daher sieht er keinen Anlass, über eine Stärkung sozialer Netzwerke und eine Förderung der hauswirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nachzudenken, jedenfalls nicht unter dem Aspekt der Vollbeschäftigung.

Ich sehe in den beiden Konzeptionen konvergierende und kontroverse Elemente. Die Konvergenz ergibt sich in meiner Sicht aus dem Vertrauen beider Autoren auf den Bedarf an erwerbsfreier Zeit, der sich für Schettkat in der säkularen Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung spiegelt und der für Stahmer die aktuelle Forderung nach kürzeren Durchschnittsarbeitszeiten rechtfertigt. Insoweit ließe sich ein Szenario entwickeln, in dem die von Schettkat erwartete Entwicklung unter bestimmten Bedingungen das Modell Stahmers zwar langsamer, aber dafür ohne staatliche Eingriffe verwirklicht. Kontrovers dagegen bleibt die Annahme der vollständigen oder weitgehenden Überführung der Nichterwerbsarbeit in Erwerbsarbeit. Was sie betrifft, so werde ich im 1. Teil dieses Beitrags Stahmers Argumentation wie folgt unterstützen:

- Die Professionalisierung wird nicht alle Nichterwerbstätigkeiten in den Erwerbssektor überführen, weil nicht all diese Tätigkeiten dafür geeignet sind. Im Gegenteil kann sie dazu beitragen, dass der unverzichtbare Teil des Nichterwerbsbereichs zu einem Subsystem urbaner Subsistenz ausgebaut wird, das explizit an die Seite des Marktes tritt, statt wie bisher eine Verlegenheitsrolle zu spielen. Dann können beide Subsysteme, Markt und Subsistenz, in ihrem Zusammenspiel Vollbeschäftigung bei geringerer durchschnittlicher Erwerbsarbeitszeit bewirken.

Im 2. Teil füge ich eine notwendige Einschränkung hinzu: Weder dieses Konzept noch das von Schettkat kann Wirklichkeit werden, wenn die aktuelle Ungleichverteilung zugunsten der obersten Einkommen bestehen bleibt oder sich noch verstärkt. Sie macht die Vollbeschäftigungsperspektive illusorisch. Es muss also auch darum gehen, die Ursache der Ungleichverteilung zu beseitigen. Sie liegt nach meiner Auffassung in der mangelnden Sozialbindung des Kapitals.

# 1 Nichterwerbsarbeit hat ihren eigenen Rang

## Die Suche nach treffenden Begriffen

Erwerbsarbeit ist nicht die einzige Arbeit, die zählt. Um das in Erinnerung zu rufen, hat der Philosoph Wilhelm Schmid die Erwerbsarbeit als einen Teil der *Lebensarbeit* charakterisiert. Lebensarbeit ist das, was ein Mensch in Bezug auf sich und seine Gesellschaft leistet, um ein „bejahenswertes Leben führen zu können.“ Die Lebensarbeit erschöpft sich nicht in der Erwerbsarbeit, die die Marktgüter und die obrigkeitlichen (staatlichen und kommunalen) Kollektivgüter hervorbringt, sondern umfasst auch die Arbeit an den marktfreien Individualgütern und den obrigkeitsfreien Kollektivgütern: Eigenproduktion mit Sachgütern und Diensten im Haushalt, bürgerschaftliches Engagement und Netzwerkarbeit, Beziehungs- und Familienarbeit und nicht zuletzt Arbeit an sich selbst – das Lernen, die Sinnfindung usw.<sup>1</sup> Denn all dies ist immer wieder mit Mühe und Überwindung verbunden, auch wenn es Freude macht.

In diesem Zusammenhang haben Christine und Ernst von Weizsäcker den Begriff *Eigenarbeit* geprägt.<sup>2</sup> Er war gemeint als Oberbegriff sowohl für die gern ausgeübte Familienarbeit, Eigenproduktion, Nachbarschaftshilfe usw. auf der einen und ebenso die ungeliebte, aber notwendige „Schattenarbeit“<sup>3</sup> oder Versorgungsarbeit auf der anderen Seite, die man auf sich nimmt, weil sie nun einmal die Voraussetzung für die Berufsarbeit und die alltägliche Lebensführung ist. Der Begriff Eigenarbeit war eine Zeit lang Kristallisationskern für eine Vielzahl von Versuchen, die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit konzeptionell aufzubrechen.<sup>4</sup> In seinem weiten Sinn umfasst der Begriff Eigenarbeit alle Bereiche der Lebensarbeit bis auf die Erwerbsarbeit, kann also auch die Arbeit an sich selbst einschließen.

20 Jahre später hat Ulrich Beck den Begriff der *Bürgerarbeit* eingeführt.<sup>5</sup> Auch dieser Begriff hat sich schnell durchgesetzt. Er bezeichnet die auf Gemeinschaftsgüter bezogene Eigenarbeit, also das nichtentlohnte, vielleicht aber durch Kostenersatz u. dgl.

---

<sup>1</sup> Schmid, Wilhelm (2006). *Die Fülle des Lebens*, S. 32 f. Frankfurt am Main: Insel Verlag.

<sup>2</sup> von Weizsäcker, Christine & von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1978). Für ein Recht auf Eigenarbeit. *Technologie und Politik*, 10, 185–89.

<sup>3</sup> Illich, Ivan (1978). *Fortschrittsmythen*. Reinbek: Rowohlt Verlag.

<sup>4</sup> Möller, Carola (1997). Eigenarbeit. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3, S. 66–74. Berlin.

<sup>5</sup> Beck, Ulrich (1997). Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.). *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, S. 146–168. München: Kommission für Zukunftsfragen.

alimentierte Engagement für mitmenschliche, nachbarschaftliche, kommunale, regionale oder überregionale Angelegenheiten, kurz: das bürgerschaftliche Engagement. Bürgerarbeit wird oft in spontaner Initiative von Personen und Gruppen begründet, auf längere Sicht ist sie planvoll organisiert und steht „unter der Regie eines Gemeinwohlunternehmers“<sup>6</sup> bzw. einer Gruppe mit dieser Funktion.

Um mit dem Begriff Bürgerarbeit widerspruchsfrei umgehen zu können, muss man sich des Begriffs Eigenarbeit neu vergewissern. Soll Eigenarbeit die Bürgerarbeit einschließen, weil auch sie freiwillig, informell und unbezahlt ist? Das war in der ursprünglichen Verwendung angelegt, ist aber wegen der Doppeldeutigkeit des Wortes „Eigen“ nicht selbstevident, weil dieses die Assoziation des Privaten nahelegt und es dadurch dem Betrachter erschwert, es zugleich auch auf den Bereich des Öffentlichen mit seinen anderen Erscheinungsformen zu beziehen. Umgangssprachlich werden denn auch mit Eigenarbeit meist Tätigkeiten bezeichnet, die man für sich selbst oder für das engere Lebensumfeld tut.

Auf dieser Linie scheint Schettkat zu liegen, wenn er bei Eigenarbeit überwiegend an „die sogenannte Haushaltsproduktion“ denkt: „Kinderbetreuung und Erziehung, Reinigen und Putzen, Kochen, Do-It-Yourself und viele andere Dinge sind produktive Tätigkeiten, aber sie sind in Eigenarbeit ausgeführt und nicht für den Markt bestimmt, weshalb zwar Werte geschaffen werden, aber kein Einkommen entsteht (Abschnitt 1). Allerdings bezieht er auch „die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger im privaten Haushalt oder in der Nachbarschaft (räumliches Subsidiaritätsprinzip)“ ein (Abschnitt 5), und ebenso das „direkte Elternengagement in Kindergärten und Schulen“ (Abschnitt 6).

Die zuletzt genannten Tätigkeiten reichen über den „privaten“ Begriff der Eigenarbeit hinaus in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements hinein, weshalb ich auch diesen Bereich in die Betrachtung einbeziehe. Um ihn klar zu bezeichnen, werde ich für die unentgeltliche Arbeit für andere im öffentlichen Bereich, einschließlich der darauf bezogenen Lebensarbeit, die Begriffe *Bürgerarbeit* und bürgerschaftliches Engagement verwenden und sie neben den Begriff *Eigenarbeit* stellen, den ich für die unentgeltliche Arbeit für andere im privaten Bereich (einschließlich der darauf bezogenen Lernarbeit) reserviere.<sup>7</sup> Beide zusammen stelle ich als Nichterwerbsarbeit der Erwerbsarbeit gegenüber.

Mit den Begriffen Eigen- und Bürgerarbeit sind Tätigkeiten gemeint, die man nicht tut, weil man dafür Geld bekommt. Man tut sie um ihrer selbst willen (oder um seiner selbst willen oder für das Wohl anderer), und das entweder gern, weil es Freude macht, oder

<sup>6</sup> Ebenda, S. 146.

<sup>7</sup> Dies entspricht der Unterscheidung zwischen „öffentlicher“ und „privater“ Subsistenzarbeit, vgl. Dahm, J. Daniel & Scherhorn, Gerhard (2008). *Urbane Subsistenz – Die zweite Quelle des Wohlstands*. München: oekom Verlag.

aus Einsicht in die Notwendigkeit,<sup>8</sup> auch wenn's schwerfällt – in beiden Fällen also intrinsisch motiviert. Deshalb muss die Frage, ob sie in Erwerbstätigkeiten überführt werden können, auch die Frage einschließen, was sich dann an ihnen verändert.

## Grenzen für die Kommoditisierung der Eigenarbeit

Zwei Prozesse haben den industriellen Wohlstand hervorgebracht, die Professionalisierung oder Umwandlung spontaner Tätigkeiten in rationalisierte und spezialisierte, und die Transformation menschlicher Bedürfnisse und Beziehungen in Waren (commodities), die als Commodification oder Commoditization bezeichnet wird.<sup>9</sup> Betrachtet man die beiden Prozesse im Kontext der bisherigen kapitalistischen Entwicklung, so laufen sie auf das Gleiche hinaus. Professionalisierung bedeutet dann immer auch Kommoditisierung, weil Rationalisierung und Spezialisierung eine berufliche Ausübung der Tätigkeit nach sich ziehen oder bereits voraussetzen, die über Preise oder Steuern finanziert wird und mehr oder weniger Warencharakter annimmt – nicht nur wenn sie kommerziell ausgeübt wird und unter dem Renditedruck stehen, auch sie im öffentlichen Dienst steht und in das Korsett einer bürokratischen Hierarchie gezwängt ist. In beiden Fällen wird die Beziehung des Arbeitenden zu seiner Arbeit, seinem Produkt und dessen Nutzern geschwächt.

Ich will den Begriff der Professionalisierung von dem der Kommoditisierung trennen. Auch für Nichterwerbsarbeit kann eine Spezialisierung und Rationalisierung sinnvoll und nötig sein, die Professionalisierung muss nicht unbedingt zur Kommoditisierung führen. So wie im 19. Jahrhundert höhere Töchter professionell für die Haus- und Familienarbeit und junge Männer professionell für die Lebensführung eines Gentleman ausgebildet wurden, so kann es heute und in Zukunft sinnvoll sein, dass Menschen für Funktionen in der Nichterwerbsarbeit ausgebildet werden, vor allem in der Bürgerarbeit, aber auch in der Eigenarbeit, wie etwa im Münchner Haus der Eigenarbeit.

Die begriffliche Trennung erlaubt es, unter dem Nachhaltigkeitsaspekt den Kommoditisierungsprozess kritischer zu sehen als den Professionalisierungsprozess. Beide

---

<sup>8</sup> Deci und Ryan sprechen von „choiceful accommodation“, wenn Menschen sich eine ungeliebte Aufgabe aus Einsicht zu eigen machen, siehe Deci, Edward L. & Ryan, Richard M. (1985). *Intrinsic motivation and self-determination in human behavior*, p. 157. New York: Plenum Press. Schelling spricht von Selbstbindung oder pre-commitment, wenn es darum geht, sich selbst vor dem Aufgeben eines Vorsatzes zu schützen, siehe Schelling, Thomas C. (1983). Ethics, law, and the exercise of self-command. In: St. M. McMurrin (Ed.), *The Tanner Lectures on human values*, Vol. IV, pp. 43–79. Salt Lake City: Univ. of Utah Press.

<sup>9</sup> Vgl. etwa Cross, Gary (2000). *An all-consuming century: Why commercialism won in modern America*. New York: Columbia University Press; Kopytoff, I. (1986). The cultural biography of things: Commoditization as process. In: A. Appadurai (Ed.), *The social life of things: Commodities in a cultural perspective*. Cambridge/UK: Cambridge University Press; Manno, Jack (2002). Commoditization: Consumption efficiency and an economy of care and connection. In: Th. Princen, M. Maniates & K. Conca (Eds.), *Confronting consumption* (pp. 67-99). Cambridge/ Mass.: MIT Press.

haben die Tendenz, sich auch auf hohem Wohlstandsniveau weiter fortzusetzen. Doch bei der Commoditisierung haben wir heute Grund, kritischer als früher zu fragen, in welchen Fällen die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Prozess sich fortsetzen wird. Sie ist *nicht* gerechtfertigt, soweit die mit einer Arbeitsstunde oder einer Einheit Energie oder Rohstoff hergestellte Produktmenge dadurch überhöht ist, dass Aufwendungen unterlassen (externalisiert) werden, die nötig wären, um in der Produktion die Emission von Schadstoffen zu vermeiden oder die Extraktion von Rohstoffen zu kompensieren oder das Produkt selbst frei von *umweltschädlichen* Auswirkungen zu halten. Denn bei nachhaltiger Entwicklung müssen diese Aufwendungen von den Verursachern getragen werden, was die Preise erhöhen und die Mengen vermindern wird. Der technische Fortschritt mag die resultierenden Umsatz- und Gewinneinbußen in manchen Fällen ausgleichen, doch wie sich heute jeder am Beispiel der Klimapolitik klarmachen kann, wird er sie nicht auf Null bringen;<sup>10</sup> also ist mit einer Verlangsamung des Commoditisierungsprozesses zu rechnen.

Dasselbe gilt, soweit die Produktion oder das Produkt *gesundheitsschädliche* Wirkungen hat, sei es für die Arbeitnehmer und die Anrainer der Produktion, des Transports oder des Vertriebs, sei es für die Nutzer des Produkts.

Diese Einschränkungen betreffen auch den Fall, dass Tätigkeiten commoditiert werden, die vorher in Eigen- oder Bürgerarbeit verrichtet wurden, nun aber beruflich ausgeübt und wie Konsumgüter verkauft bzw. wie öffentliche Leistungen zugeteilt werden. Der Zwang, sie zu rationalisieren, kann durchaus dazu führen, dass z.B. ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen. Wenn das *vermieden* oder *kompensiert* wird, kann es ohne Frage sinnvoll sein, persönliche, soziale und gesellschaftliche Dienste der Eigenarbeit zu professionalisieren und in Erwerbstätigkeiten zu überführen, also zu commoditieren.

Das werden zum Teil privatwirtschaftliche, also gekaufte und zum anderen Teil öffentlich finanzierte Dienstleistungen sein. Unstreitig gibt es, wie Schettkats Ländervergleich in Abschnitt 4 zeigt, gerade in Deutschland noch viele Möglichkeiten, Eigenarbeit durch gekaufte bzw. öffentliche Dienste zu ersetzen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit diesen Möglichkeiten verbindet sich die Hoffnung auf einen doppelten Wohlfahrts-effekt: Arbeitskräfte, die der technische Fortschritt in der Industrieproduktion freisetzt, können in den neu commoditierten Dienstleistungen neue Beschäftigung finden, und private Haushalte können sich diese Dienste, die dann produktiver ausgeführt werden, mit geringerem Aufwand leisten und bekommen Kräfte für andere Zwecke frei. Doch

---

<sup>10</sup> Die Pro-Kopf-Emission an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zum Beispiel muss auf weniger als 2 Jahrestonnen verringert werden, um halbwegs klimaneutral zu sein. In Deutschland liegt sie bisher bei 10 Tonnen pro Person und Jahr. Ein Teil des klimaschädlichen Energieverbrauchs kann durch erneuerbare Energien ersetzt werden, ein anderer wird durch einen maßvolleren Lebensstil kompensiert werden, zumal auch Ausgleichszahlungen an die Länder mit intakten Regenwäldern finanziert werden müssen, damit diese erhalten bleiben.

wegen der hohen Arbeitsintensität gerade der personenbezogenen Dienstleistungen ist diese Hoffnung nur zum Teil berechtigt:

- Der Wohlfahrtseffekt vermindert sich, wenn die professionellen Dienste in geringerer *Qualität* ausgeführt werden als in der Eigenarbeit. Denn das erwerbswirtschaftliche Rentabilitätsstreben ist nicht dagegen gefeit, dass die Menge der neuen Dienstleistungen auf Kosten der Dienstleistungsqualität gesteigert wird.

Bei Dienstleistungen kann die Produktmenge oft nur gesteigert werden, indem man den Zeitaufwand senkt, doch sinkt dadurch auch die Qualität, wenn sie von der menschlichen Zuwendung und der auf diese verwandten Zeit abhängt. In der Eigenarbeit entscheidet die sie leistende Person selbstbestimmt über den Zeitbedarf der Tätigkeit, weil sie die Arbeit um ihrer selbst und ihrer sozialen Qualität willen leistet. In der Erwerbsarbeit wird ihr der Zeitbedarf vorgegeben. Je mehr aber die Qualität von der Zeitspanne abhängt, desto weniger von denen, die die Dienstleistung brauchen, können mit guter Qualität versorgt werden.

- So ist der Wohlfahrtseffekt auch dann geringer, wenn die *Preise* der professionellen Dienste so hoch sind, dass diese nur den oberen und einem Teil der mittleren Einkommensschichten zugute kommen. Der Bedarf der unteren Schichten wird dann teils weiter in Eigenarbeit gedeckt; soweit er auf Bürgerarbeit gerichtet ist, bleibt er dann stillschweigend unbefriedigt, weil er sich gar nicht darstellen kann.

Die Zeitabhängigkeit der Qualität gilt zum Beispiel für die Betreuung von Kindern in den ersten Lebensjahren. Bisher kann sich deshalb nur eine Minderheit der Eltern eine privatwirtschaftliche Fremdbetreuung leisten, die Kapazität der kommunalen Kinderhorte und Kindergärten reicht nicht aus, und zudem sind in beiden die Qualitätsanforderungen, die an die professionelle Arbeit mit kleinen Kindern zu stellen sind, noch keineswegs überall gegeben. Vor allem ist die Anzahl der Kinder pro Erzieher(in) nur selten groß genug, dass ausreichend individuelle Zuwendung möglich wird.

Auch die kooperative Einbeziehung der Eltern ist meist zu gering; auch sie ist oft sehr zeitaufwendig. Für eine entwicklungspsychologisch hochstehende und wirksame Erziehung ist sie unerlässlich. Die Eltern können aus dem Erziehungsprozess nicht ausgegliedert werden; je nach ihrem Bildungsgrad brauchen sie mehr oder weniger an professioneller Schulung, um die Wirkung einer professionellen Kinderbetreuung nicht zu vereiteln.

Solche Defizite lassen sich beheben, aber wenn die Qualität der erwerbswirtschaftlichen Leistungen angemessen sein soll, und wenn diese allen Einkommensschichten unterschiedslos zugutekommen sollen, müssen deutlich mehr Mittel in den Vorschulbereich fließen. Der überwiegende Teil der erwerbswirtschaftlichen Kinderbetreuung wird öffentlich finanziert werden müssen; die private Finanzierung wird auch weiterhin nur einer Minderheit möglich sein.

Nimmt man von allen weiteren Bereichen, für die die Zeitabhängigkeit der Qualität gilt, nur noch eine hinzu, die Betreuung und Pflege im Alter, so dürfte mit ihr und der frühkindlichen Erziehung die Kapazität der privaten und der öffentlichen Finanzierung zusammen bereits überfordert sein, und man braucht gar nicht mehr nach zusätzlichen Beispielen zu suchen, um plausibel zu machen, dass es unmöglich wäre, alle Eigenarbeit zu commoditisieren, selbst wenn das von der Bevölkerung ausnahmslos gewünscht würde. Das Verhältnis von Eigenarbeit zu Berufsarbeit ist nach den verfügbaren statistischen Daten in Deutschland ca. 83 zu 60 Mrd. Arbeitsstunden im Jahr.<sup>11</sup> Ein Teil der 83 Mrd. Stunden, gleichsam die Spitze des Eisbergs, kann sinnvoll und bezahlbar in Erwerbsarbeit überführt werden, doch bleibt viel an gewünschter und noch mehr an nicht bezahlbarer Eigenarbeit übrig, und ihr ist nicht geholfen, wenn sie als Überbleibsel aus archaischen Zeiten betrachtet wird. Sie sollte bejaht und ausgewiesen werden, in individuellen Lebensarbeitszeitkonten und in gesamtwirtschaftlichen Berichtssystemen, und sie sollte explizit in die Ausbildungsgänge in Schulen und Erwachsenenbildung einbezogen sein, wie es ja zu einem Teil auch bereits geschieht.

## Bürgerarbeit als ein soziales System wie der Markt

Bürgerarbeit oder Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillige Arbeit an öffentlichen, unentgeltlichen Diensten. Ähnlich wie die Eigenarbeit ergänzt die Bürgerarbeit die Erwerbsarbeit, denn sie leistet Dienste, die gesellschaftlich notwendig sind, aber über Markt und Staat nicht erbracht werden oder von denen, die sie brauchen, nicht bezahlt werden können. Bei der Bürgerarbeit sind das

- Dienste der Beratung, der Information, der Kommunikation, des Erfahrungsaustauschs, der Selbsthilfe, der Vernetzung, der Bildung, der Qualifikation;
- der Begleitung, der Pflege, der Betreuung, der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Waschgelegenheit usw.;
- der Gemeinwesenarbeit, der Stadtteil- und Nachbarschaftsgestaltung, der Hilfe für Kinder, des Tierschutzes, Natur- und Umweltschutzes, der kulturellen Integration.<sup>12</sup>

Es sind Dienste, wie sie ähnlich auch als Marktgüter oder als öffentliche Dienste angeboten werden könnten und zum Teil auch angeboten werden. Doch wie bei der Eigenarbeit gilt auch hier: Was an solchen Leistungen erwerbswirtschaftlich erbracht wird, ist die Spitze eines Eisbergs. Was unter dem Wasserspiegel liegt, die gesamte ehrenamtliche Bürgerarbeit in Deutschland, wird auf rd. 5 Mrd. Arbeitsstunden pro Jahr geschätzt, das sind mehr als die ca. 4,5 Mrd. Arbeitsstunden der öffentlich Bediensteten in Bund, Bundesländern und Kommunen,<sup>13</sup> die ja ganz überwiegend administrativen Zwecken gewidmet sind. Wollte die *öffentliche Hand*

<sup>11</sup> Dahm & Scherhorn 2008, *Urbane Subsistenz*, S. 56.

<sup>12</sup> Ebenda, Kap. 5.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 56.



die Bürgerarbeit übernehmen, müsste sie die Anzahl ihrer Beschäftigten verdoppeln, was nicht finanzierbar wäre. Und wenn die Leistungen der Bürgerarbeit *privatwirtschaftlich* erbracht werden sollten, so wären sie für die meisten Nutzer nicht erschwinglich. Im ersten Fall würden sie nicht angeboten, im zweiten Fall würden sie nicht gekauft, in beiden Fällen bliebe der Bedarf unsichtbar und ungedeckt.

Doch der Bedarf an Eigenarbeit hat eine größere Chance, denn er wird von denen gedeckt, die (oder deren Angehörige, Freunde, Nachbarn) die Leistungen brauchen. Die in der Bürgerarbeit Tätigen leisten ihre Dienste für Menschen außerhalb ihres engeren Umfeldes, und das meist nur in größeren Städten, wo der jeweilige Bedarf so geballt auftritt, dass er nicht zu übersehen ist; doch selbst hier hat man meist den Eindruck, dass er mit den verfügbaren Kräften nur zum Teil gedeckt werden kann.

Bürgerschaftliche Dienste werden in größeren sozialen Einheiten erbracht, in Vereinen, NGOs, Initiativen. Deren Legitimation liegt darin, dass sie Bedarfe befriedigen, die sonst ungedeckt blieben, und dass das aus Einsicht und Einfühlung in die Bedarfe geschieht, ohne dass es angeordnet oder bezahlt wird. Einer weiteren Legitimation bedürfen sie nicht, wohl aber der Anerkennung und Förderung.

Das gilt in besonderem Maß für diejenigen sozialen Einheiten, deren Dienste überwiegend, also zu mehr als 50 Prozent aus freiwillig und unentgeltlich geleisteten Arbeitsstunden bestehen; das ist in ca. 60 Prozent aller bürgerschaftlichen Einrichtungen der Fall. Diese Einrichtungen sind deshalb in besonderem Maß auf öffentliche Anerkennung und Förderung angewiesen, weil der hohe Anteil an freiwilliger unbezahlter Arbeit von einer Vielzahl ehrenamtlicher Mitglieder erbracht wird, die im Durchschnitt nur 5 oder 7 Stunden pro Woche arbeiten. Ihre Arbeit muss von einigen hauptamtlichen Mitgliedern koordiniert und ergänzt werden, die sich in ihrer Arbeitszeit so überlappen, dass eine ständige Verfügbarkeit gewährleistet ist.

Doch reichen die finanziellen Eigenmittel (Beiträge, Spenden) dieser Gruppen allein nicht aus, das hauptamtliche Engagement in ausreichendem Umfang zu finanzieren; deshalb sind öffentliche Zuschüsse hier besonders nötig. Zugleich sind sie hier aber auch besonders rentabel, denn im Durchschnitt der Gruppen mit mehr als 50 Prozent ehrenamtlicher Arbeit kann die Finanzierung *einer* zusätzlichen Arbeitsstunde von hauptamtlichen, also bezahlten Mitgliedern insgesamt *acht* zusätzliche Arbeitsstunden an bürgerschaftlichem Engagement ermöglichen. Diese Beispielrechnung ist durch empirische Untersuchungen fundiert.<sup>14</sup> Der Wohlfahrtsmultiplikator, der hier die Größe von 8 erreicht, errechnet sich aus der durchschnittlichen Anzahl der unentgeltlichen Arbeitsstunden der Mitglieder und der durchschnittlichen Höhe der Eigenmittel der Gruppe, d.h. der finanziellen Beiträge und Spenden.

---

<sup>14</sup> Ebenda, S. 144.

Übrigens sind es nicht nur die erbrachten Dienste selbst, die das bürgerschaftliche Engagement notwendig machen. Denn die Gruppen mit hohem Ehrenamtsanteil tragen in besonderem Maß zur urbanen Infrastruktur bei: Sie schaffen informelle Netzwerke, die zusammen mit den formellen Netzwerken der Erwerbswirtschaft und der Politik den soziokulturellen Unterbau der Kommunen und Staaten bilden, und tragen maßgeblich zur Standortqualität der Städte und Länder bei. So erweitert sich der multiplikative Effekt einer öffentlichen Förderung der nicht marktgängigen bürgerschaftlichen Dienste noch um die Beiträge zum sozialen Zusammenhalt, zur politischen Kultur und zur kreativen Leistungskraft des Gemeinwesens. Man kann wohl zu Recht von einer hohen „Ausgabenrentabilität“ sprechen.

Auch bei der Bürgerarbeit ist die soziale Qualität der Leistung in vielfältiger Weise von der menschlichen Zuwendung und der auf diese verwandten Zeit abhängig, auch hier entscheidet der Arbeitende selbstbestimmt über den Zeitbedarf der einzelnen Tätigkeit, auch hier wird die Arbeit um ihrer selbst und ihrer sozialen Qualität willen geleistet. Wenn die bürgerschaftliche Kapazität für die Summe der benötigten Dienste zu klein ist, darf nicht der Zeitbedarf verringert, sondern muss nach Möglichkeit die Anzahl der Arbeitenden vergrößert werden. Und wenn sich dafür nicht genug zusätzliche Menschen finden, so muss man die Bedingungen so verbessern, dass die Arbeit selbstbestimmter werden kann und so der Anreiz steigt, diese zu erbringen. Die Politik wird dem bürgerschaftlichen Engagement nur gerecht, wenn sie diese Voraussetzungen würdigt. Zur Bürgerarbeit darf sie Menschen nicht abordnen, in die Bürgerarbeit darf sie nicht hineinreden, sondern muss die geeigneten Bedingungen dafür schaffen, dass sie freiwillig und selbstbestimmt geleistet wird.

Das sind zum einen Bedingungen, die zum Ausdruck bringen, dass das soziale Netzwerk der Bürgerarbeit in seiner Eigenständigkeit *akzeptiert* wird:

- Die Politik muss den öffentlichen Charakter des bürgerschaftlichen Engagements würdigen, indem sie diesem den gleichen Freiraum gewährt wie dem Markt, also ihm Regeln setzt, aber – abgesehen von dem Oberziel der nachhaltigen Entwicklung – keine inhaltlichen Ziele vorgibt, sondern es in seinen eigenen Zielen und Ergebnissen unterstützt.
- Sie muss die öffentliche Sichtbarkeit der durch Bürgerarbeit bewirkten Wertschöpfung durch Ausweisung nichtmonetärer Beiträge zum Sozialprodukt stärken.
- Und sie muss die Kompetenz für Bürgerarbeit ebenso fördern wie die Kompetenz für Erwerbsarbeit, indem sie es den Institutionen der Bürgerarbeit finanziell ermöglicht, Kompetenzzentren und Schulungsgänge einzurichten.

Zum anderen sind es Bedingungen demokratischer Wohlstandsverteilung, die die zeitlichen und materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass nicht nur besonders motivierte und situierte Menschen sich der Bürgerarbeit widmen können, sondern *das Ganze der Arbeit* als ein Neben- und Miteinander formeller und informeller Tätigkeiten begreifbar und organisierbar wird.

## 2 Vollbeschäftigung in der Tätigkeitsgesellschaft<sup>15</sup>

### Demokratisierung des Wohlstands

Vor genau 50 Jahren<sup>16</sup> hat der Wachstumsökonom Roy Harrod dargelegt, dass stets nur eine kleine *oligarchische* Minderheit reich an jenen knappen Gütern sein kann, die Fred Hirsch später *positional* nannte,<sup>17</sup> weil sie die gehobene Position der wenigen symbolisieren, die sich mit diesen Gütern umgeben können: Persönliche Dienste und durch Natur oder Konvention knappe materielle Güter wie Brillantschmuck, Luxuslimousinen, Haute Couture.

Dem oligarchischen stellte Harrod den für alle erreichbaren *demokratischen* Lebensstandard gegenüber. Dieser kann durch die Vermehrung derjenigen materiellen Güter gesteigert werden, die sich für Massenproduktion eignen, und das ist nicht wenig, wenn man an die heutige Standardausstattung europäischer Haushalte denkt. Ein oligarchischer Reichtum an persönlichen Diensten und positionalen Sachgütern dagegen ist für alle auf keinen Fall erreichbar. Aber wenn auch nur einige reich genug sein können, sich einen oligarchischen Lebensstil zu leisten, so können doch alle davon träumen. Dieser Traum ist das Produkt und die Triebkraft der Industriegesellschaft.

Harrods Thema war seine Unerfüllbarkeit. Für die Mehrheit der Menschen könne er nichts anderes bewirken, als dass die Bevorzugten nie saturiert und die Benachteiligten nie mit ihrem Los zufrieden sind, sondern stets nach dem streben, was die relativ Bestgestellten gerade erreicht haben. Diese Tendenz könne möglicherweise unbegrenzt andauern, weil „Verkäufer und Werbetreibende die Wünsche der Konsumenten stets mit immer neuen Verlockungen wachhalten,“ doch müsse man fragen, ob das auf einem hohen Niveau der materiellen Zivilisation „eine Lösung des Problems oder nicht vielmehr eine Gefahr“ darstelle.<sup>18</sup>

So plädierte Harrod für die Zukunftsvision, die vor ihm auch Keynes skizziert hatte: Das „ökonomische Problem“ in einem Land (die relative Knappheit der Ressourcen) werde an dem Tage „weitgehend gelöst“ sein, an dem „unsere Mittel zur Einsparung

---

<sup>15</sup> nach Scherhorn, Gerhard (2008). *Geld soll dienen, nicht herrschen. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals*, Kap. 5. Wien: Picus Verlag (in Vorbereitung).

<sup>16</sup> Harrod, Roy F. (1958). The possibility of economic satiety. In: Committee for Economic Development (Ed.), *Problems of US Economic Development Vol. I*, pp. 73–74. New York: Committee for Economic Development.

<sup>17</sup> Hirsch, Fred (1977). *Social limits to growth*. London: Routledge & Kegan Paul. Deutsch (1980). *Die sozialen Grenzen des Wachstums*. Reinbek: Rowohlt. Der Bezug auf Harrod auf S. 47.

<sup>18</sup> Harrod 1958, S. 73.

von Arbeit schneller wirken als wir brauchen, um neue Verwendungen für Arbeit zu finden,<sup>19</sup> und von da an werde *demokratischer* Wohlstand am ehesten dadurch gefördert, dass die Erwerbsarbeit verkürzt und durch sinnvolle, selbstbestimmte, kultivierende Nichterwerbstätigkeiten ergänzt wird. Diese werden aus dem Zusammenspiel von mehr erwerbsfreier Zeit und mehr Bildung erwachsen, zumal sich auch im Erwerbsbereich der Schwerpunkt von der Produktion materieller Güter auf den Erwerb, die Vermittlung und die Anwendung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Einsichten verlagert. Das schließt eine Angleichung der Bildungschancen für alle ein, die die Einkommensunterschiede eher glättet als betont.

Und es setzt voraus, dass relativ mehr Menschen als heute für die Tätigkeit in Erziehung und Bildung angemessen ausgebildet, beschäftigt, wertgeschätzt und besoldet werden. Diese Menschen müssen genügend viele Güter aus der Massenproduktion kaufen können. Erziehung und Bildung bleiben aber Bereiche mit geringerer Produktivität als die Industrie, weil sie trotz wirksamer Unterstützung durch Computerprogramme und Telekommunikation doch nicht ohne persönliche Unterweisung und Diskussion auskommen. Also muss ein Teil der Industrie-Einkommen in den Erziehungs- und Bildungssektor umverteilt werden, damit dieser an der Wohlstandsentwicklung Anteil hat und begabte Arbeitskräfte anzieht.

Man muss heute ausdrücklich hinzufügen, was Harrod in den 1950er Jahren als gegeben unterstellen konnte, nämlich eine Politik der demokratischen Einkommensverteilung. Die Einkommensbesteuerung war entschieden progressiv, die Spitzensteuersätze waren relativ hoch, der Anteil der höchsten Einkommen am Volkseinkommen war wesentlich geringer als in den drei ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Zwischen den 1930er und den 1970er Jahren sind einige Industrieländer, voran die USA, dem demokratischen Verteilungsprinzip – und im Verein damit der Vollbeschäftigung – vorübergehend ziemlich nahe gekommen.<sup>20</sup> Diese Politik wurde in den 1980er-Jahren wieder aufgegeben, heute hat sich die Einkommensschere zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen erneut weit geöffnet.

## Sozialbindung des Kapitals

Was Harrod vorschwebte, hat Dahrendorf später als *Tätigkeitsgesellschaft* bezeichnet: Eine Gesellschaft, die dem Ideal folgt, „alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln,“ also keinem Lebensbereich „die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht“<sup>21</sup> und nicht mehr akzeptiert, dass Arbeit fremdbestimmt sei und bleibe.

<sup>19</sup> Keynes, John Maynard (1930). Economic possibilities for our grandchildren, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX*, S. 325.

<sup>20</sup> Krugman, Paul (2008). *Nach Bush* S. 23, 55-57. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

<sup>21</sup> Dahrendorf, Ralf (1983). *Die Tätigkeitsgesellschaft*, S. 91. In: Ders., *Die Chancen der Krise*, S. 88–100. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

In dieser Gesellschaft würde ein Mehr an erwerbsfreier Zeit nicht wegen der Verringerung des Einkommens abgelehnt (denn durch Sozialversicherung und negative Einkommensteuer ist der Grundbedarf gesichert), sondern als Erweiterung der anderen Tätigkeitsräume begrüßt.<sup>22</sup>

Und auch die Erwerbs-Arbeitswelt selbst müsste „flexiblere Karrierewege bereithalten, die weniger linear verlaufen“ als bisher, sondern den einzelnen die Möglichkeit eröffnen, Elternzeiten, Sabbatjahre, Altersteilzeit und dgl. zu wählen und auch den Berufswechsel erleichtern, indem die Arbeitszeiten des neuen Berufs auf demselben Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben werden wie die des alten. Mindestens der Hälfte der Menschheit wäre diese Flexibilität gemäßer als die Rigidität, mit der heute noch am Leitbild des Vollzeit Arbeitsplatzes festgehalten wird.<sup>23</sup> „Wenn eine Gesellschaft möchte, dass möglichst viele Frauen arbeiten – und das muss ja wohl das Ziel sein – dann darf der Weg nach oben nicht davon abhängen, dass man 16 Stunden am Tag arbeitet und keine Zeit hat für den Rest des Lebens.“<sup>24</sup>

Unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung kann man die damit verbundene Verlangsamung des Wachstums nur bejahen; Einkommen und Konsum müssen sich in den Entwicklungsländern nach oben, in den Industrieländern nach unten anpassen, um sich weltweit auf einem mittleren Niveau der Ansprüche zu treffen, bei dem die Tragfähigkeit des Planeten Erde nicht überfordert wird. Solche Einschränkung ist nur bei gerechter Verteilung zu erreichen. Anpassung nach unten ist schwieriger als nach oben: Der Schmerz über den Verlust einer Summe ist größer als die Freude über einen Gewinn in gleicher Höhe, daher das starke Widerstreben gegen den Verzicht auf Erreichtes.<sup>25</sup> Der Widerstand wird leichter überwunden, wenn die einzelnen das Gefühl haben können, dass alle ihren Beitrag zum Verzicht leisten. Doch die Expansion der hohen und höchsten Einkommen steht dem diametral entgegen.

- Sie resultiert nicht allein aus der Privilegierung des Finanzkapitals,<sup>26</sup> die die Last der Anpassung einseitig den Arbeitseinkommen aufbürdet, während die Kapitaleinkommen im Übermaß wachsen können.
- Sie resultiert auch aus dem Standortwettbewerb der Regierungen um Investoren und Arbeitsplätze, der vor allem mit dem Verzicht auf die oberen Stufen der Steuerprogression ausgetragen wird und so zu einer „Steuerverschwendungspolitik“ führt, die die oberen Einkommensschichten von der Beteiligung an den Kosten der Infrastruktur weitgehend freistellt.

<sup>22</sup> Dahm & Scherhorn 2008, *Urbane Subsistenz*, Kap. 8.3.

<sup>23</sup> Vgl. Pinker, Susan (2008). *Das Geschlechterparadox*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

<sup>24</sup> Pinker, Susan (2008). *Männer sind extremer*. SPIEGEL-Gespräch, S. 63. DER SPIEGEL, 39/2008, 61–66.

<sup>25</sup> Kahnemann, Daniel & Tversky, Amos (Eds., 2000). *Choices, values and frames*. New York: Cambridge University Press. – Dieselben (1984). *Choices, values and frames*. *American Psychologist*, 39, 341–350.

<sup>26</sup> Scherhorn, Gerhard (2008). Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung. *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 45, 156./157. Folge, 3-13. – Ders. (2008). *Nachhaltige Entwicklung: Die besondere Verantwortung des Finanzkapitals*. Erkelenz: Altius Verlag.

- Sie resultiert nicht zuletzt daraus, dass die technologische Entwicklung das Entstehen von „winner-take-all markets“ fördert. Auf diesen Märkten werden kleine Unterschiede in der Leistung in große Unterschiede im Entgelt übersetzt. Zum einen, weil immer größere Kapitalströme den von ihnen profitierenden Personen immer höhere Einkünfte zuschwemmen, sei es als Zinserträge oder als Entgelt für Führungspositionen. Zum anderen weil die Produktionstechnologie, die Vertriebsorganisation und die Medien einschließlich des Internet es einzelnen Produkten oder Produzenten erlauben, den Löwenanteil der Nachfrage auf sich zu ziehen.<sup>27</sup>

Mit einem Wort: Die Öffnung der Schere zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen wird dadurch ermöglicht, dass das Kapital von der Sozialbindung des Eigentums weitgehend ausgenommen ist. Das Prinzip der Sozialbindung beruht auf der fortschrittlichen Erkenntnis, dass die natürliche und die soziale Mitwelt weitgehend aus Gemeingütern bestehen, deren Nutzung allen zusteht, bis hin zu den künftigen Generationen. Das deutsche Grundgesetz hat diese Erkenntnis als „Sozialbindung des Eigentums“ in Artikel 14 Absatz 2 festgeschrieben: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Der Artikel bindet nicht den einzelnen Bürger, er ist eine Einladung an den Gesetzgeber, die Sozialpflichtigkeit in den verschiedenen Lebensbereichen zu definieren. Der Gesetzgeber dieser Aufforderung in manchen Bereichen bereits gefolgt, in denen der unregelmäßige Gebrauch des Eigentumsrechts sich in sozialer oder ökologischer Hinsicht als nicht mehr zeitgemäß erwies. So hat er im Mietrecht und im Arbeitsrecht, im Verbraucherschutz und bei der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, im Natur- und Umweltschutz den beliebigen Gebrauch des Kapitaleigentums punktuell eingeschränkt.

Außerhalb einschränkender Bestimmungen gilt die Eigentumsgarantie des § 903 BGB: Der Eigentümer kann mit seiner Sache so verfahren, wie es ihm beliebt, auch wenn er dabei Gemeingüter schädigt, indem er z.B. klimaschädliche Gase emittiert, weil das Kosten spart, und auch wenn er sich dabei die Erträge von Gemeingütern aneignet, wie sie z.B. aus der Leistungsfähigkeit moderner Märkte entstehen, aus den Leistungsvorteilen des Internet etwa. Die Erträge von Gemeingütern stehen aber allen zu, nicht nur denen, die sich durch ihr Kapital und Wissen den Zugang verschaffen, deshalb müssten sie der Sozialbindung des Eigentums unterworfen und durch Steuerpolitik oder einen „Commons Trust“<sup>28</sup> eingezogen und umverteilt werden.

Das wäre notwendig, weil es die einseitige Expansion der hohen Einkommen dämpfen würde, denn diese verstärkt eine Perpetuierung der Aufwandskonkurrenz, die im

<sup>27</sup> Frank, Robert & Cook, Philip (1995). *The winner-take-all society*. New York: The Free Press. Vgl. auch Scherhorn 2008, *Geld soll dienen, nicht herrschen*, Kap. 4.4.

<sup>28</sup> Barnes, Peter (2006). *Capitalism 3.0. A guide to reclaiming the commons*. San Francisco: Berrett-Koehler Publ.

18. Jahrhundert die Emanzipation der breiten Schichten vorangetrieben hat,<sup>29</sup> nun aber das Gegenteil bewirkt: Sie stützt das Leitbild vom oligarchischen Wohlstand, schmälert die öffentlichen Mittel für Bildung und Infrastruktur, verhindert die Tätigkeitsgesellschaft, kurz: Sie hemmt die Entfaltung des einzigen Verteilungsprinzips, das auf hohem Produktivitätsniveau mit Vollbeschäftigung – und nachhaltiger Entwicklung! – vereinbar ist, des demokratischen Wohlstands.

## Zweifache Erhöhung des Zeitwohlstands

Solange Erhöhung des Wohlstands nichts anderes bedeutet als Steigerung der Gütermenge, bringt sie auf dem heutigen Produktivitätsniveau weitere Umweltschäden und vermehrte Zeitknappheit hervor – selbst eine ressourcenschonende Mehrproduktion schadet der Umwelt, wenn die Menge der neuen Güter größer ist als die Ressourceneinsparung (der sog. Reboundeffekt) und vermindert den Zeitwohlstand, wenn der Zeitbedarf der zusätzlichen Güter größer ist als die Arbeitszeitverkürzung. Eine ernstzunehmende Wohlstandsvorstellung muß auch Umwelt und Zeit einbeziehen.<sup>30</sup> Für Ökonomen ist es seit Gary Beckers Aufsatz zur Allokation der Zeit eine gängige Vorstellung, der empfundene Wohlstand sei eine Funktion der benutzten Güter, der eingesetzten Zeit und des Umfeldes, in dem sich der Konsum vollzieht.<sup>31</sup>

Mit der Wortbedeutung ist diese Erweiterung des Blickfeldes durchaus zu vereinbaren. *Wohlstand* war in der deutschen Sprache ursprünglich ein Wort für Wohlfahrt und Wohlergehen, Abwesenheit von Not und friedliches Zusammenleben in einem Gemeinwesen. Erst im 20. Jahrhundert ist das Wort auf die materiellen Ressourcen eingeeengt worden, auf den Erwerb und Aufwand an Sachgütern und Diensten, die Wohlhabenheit, die Gütermenge. Heute wird diese enge materielle Bedeutung von Wohlstand obsolet und die Bereitschaft wächst, sich am empfundenen Wohlstand<sup>32</sup> zu orientieren, weil mit zunehmender Gütermenge immer mehr Menschen erkennen, dass ihr Wohlbefinden kaum mehr zunimmt – die Verfügbarkeit zusätzlicher Güter wird zwar immer noch als angenehm empfunden, kann aber die mit ihr einhergehende Zeitnot, das Verarmen der

<sup>29</sup> McKendrick, Neil, Brewer, John & Plumb, John H. (1982). *The birth of a consumer society. The commercialization of eighteenth-century England*. London: Europa Publishers; Meyer-Abich, Klaus Michael (1992). Europas absolutistische Konsumwelt – Die zweite kopernikanische Wende. *Zeitschrift für Didaktik der Philosophie*, 14 (1), 8–15.

<sup>30</sup> Scherhorn, Gerhard (1995). Güterwohlstand versus Zeitwohlstand. Über die Unvereinbarkeit des materiellen und des immateriellen Produktivitätsbegriffs. In: B. Biervert und M. Held (Hrsg.). *Zeit in der Ökonomik. Perspektiven für die Theoriebildung*, S. 147–168, Frankfurt a.M.: Campus; Ders. (2002). Wohlstand – eine Optimierungsaufgabe. In: J. Rinderspacher (Hg), *Zeitwohlstand und Güterwohlstand*, S. 95–116. Berlin: edition sigma.

<sup>31</sup> Becker, Gary S. (1965). A theory of the allocation of time. *The Economic Journal*, 75, No. 299, S. 495–517. Deutsch in: Becker, Gary S. (1982). *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, S. 97–130. Tübingen: Mohr.

<sup>32</sup> Scherhorn, Gerhard (2002). Zur Messung des Wohlstands. In: S. Hartard & C. Stahmer (Hg.), *Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft*, S. 267–288. Sozio-ökonomische Berichtssysteme Band 3. Marburg: Metropolis Verlag.

mitmenschlichen Beziehungen, die Zunahme von Gesundheitsschäden, das Leiden unter Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung nicht mehr wettmachen.

So wird die Annahme zweifelhaft, die der Vorstellung vom immerwährenden Wachstum der Konsumgüternachfrage zugrundeliegt, nämlich dass das Glück, nüchterner formuliert das subjektive Wohlbefinden, mit der Anzahl und Vielfalt der verfügbaren Konsumgüter immer weiter zunimmt. In den USA hat die periodische Erhebung der *satisfaction with life* schon vor Jahrzehnten ergeben, dass die Zufriedenheit der Menschen auf hohem Wohlstandsniveau bei weiter steigendem Volkswohlstand nicht mehr zunimmt,<sup>33</sup> während sie in armen Ländern durchaus noch steigen kann.<sup>34</sup>

Neuere Studien zeigen sogar, dass in den USA das Wohlbefinden abgenommen hat – nicht nur das subjektive, sondern auch das objektive Wohlfühl, gemessen an der Häufigkeit von Krankheiten, Depressionen, Selbstmorden u.v.a. Und das, obwohl die Zunahme an Wohlstand, gemessen am Qualitätszuwachs der Produkte, noch wesentlich größer war als durch die Wachstumsraten des amtlich gemessenen Sozialprodukts ausgewiesen wird.<sup>35</sup> Ähnliche Befunde werden aus Europa berichtet, aus Japan und Russland.<sup>36</sup>

Einer der Gründe dafür liegt in den Entscheidungskosten. Je größer die Vielfalt der Wahlmöglichkeiten, desto mehr Informationen brauchte man, wenn man sicher sein wollte, dass man die beste Wahl getroffen hat, also ist schon die Entscheidungsvorbereitung mühsamer. Und da man alle Informationen weder bekommt noch verarbeiten kann, ist die Entscheidung auch frustrierender. Die Frustration wird durch die Kumulation der Opportunitätskosten noch weiter verstärkt, denn unter mehr Optionen zu entscheiden bedeutet auch mehr Optionen abzuwählen, also wächst das Bedauern über die entgangenen Befriedigungen.<sup>37</sup>

Was einem entgeht, ist aber nicht nur der Nutzen des abgewählten Marktgutes, sondern auch die Befriedigung, die aus den menschlichen Beziehungen erwächst, die von den Marktgütern verdrängt werden. Durch psychologische Forschung auf allen Kontinenten

<sup>33</sup> Scitovsky, Tibor (1976). *The joyless economy. An inquiry into human satisfaction and consumer dissatisfaction*. London: Oxford University Press. Deutsch (1977). *Psychologie des Wohlstands*. Frankfurt am Main: Campus

<sup>34</sup> Inglehart, Ronald (1998). *Modernisierung und Postmodernisierung: Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt/M.: Campus.

<sup>35</sup> Bresnahan, Timothy F. & Gordon, Robert J. (Eds., 1997). *The economics of new goods*. Chicago: University of Chicago Press.

<sup>36</sup> USA: Easterlin, Richard (1995). Will raising the incomes of us all increase the happiness of all? *Journal of Economic Behavior and Organization*, 27, 35–47; Europa, Japan: Diener, Ed & Oishi, S. (2000). Money and happiness: Income and subjective well-being across nations. In: E. Diener & E.M. Suh (Eds.), *Subjective wellbeing across cultures*, pp. 185–218. Cambridge/Mass.: MIT Press; Russland: Ryan, Richard M., Chirkov, V.I., Little, T.D., Sheldon, K.M., Timoshina, E. & Deci, E.L. (1999). The American dream in Russia: Extrinsic aspirations and well-being in two cultures. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 25, 1509–1524.

<sup>37</sup> Schwartz, Barry (2004). *Anleitungen zur Unzufriedenheit. Warum weniger glücklicher macht*, S. 116, 139, 151. Berlin: Econ. (Originaltitel: *The paradox of choice*, 2004).



wurde im letzten Jahrzehnt nachgewiesen, dass es Menschen nicht gut bekommt, wenn die Wünsche trotz steigendem Wohlstand einseitig auf Waren fixiert bleiben, weil dadurch soziale Beziehungen verarmen. „Menschen mit einer sehr materialistischen Einstellung sind vergleichsweise depressiver, haben weniger Freunde und unterhalten weniger stabile Beziehungen als andere. Sie sind weniger wissbegierig, weniger am Leben interessiert, schneller gelangweilt.“<sup>38</sup>

Das alles deutet darauf hin, dass der empfundene Zeitwohlstand nicht schon durch die Arbeitszeitverkürzung gesteigert wird, die aus der Aufteilung der Produktivitätsfortschritte in Einkommens- und Zeitgewinn entsteht. Die anhaltende Steigerung der Marktgrößtmenge macht den Zeitgewinn in vielen Bereichen zunichte, weil die zusätzlichen Güter die zusätzliche Zeit absorbieren. Wer in dieser Situation trotzdem eher Einkommen als Zeit wünscht, ist entweder einseitig am „Haben“ orientiert<sup>39</sup> oder fühlt sich durch gestiegene Lebenshaltungskosten bzw. das eigene Zurückbleiben hinter der Einkommens- und Anspruchsentwicklung seiner Bezugsgruppe in die Enge getrieben. Genau das sind die Wirkungen, die von der Öffnung der Einkommensschere auf viele Einkommensbezieher der unteren und mittleren Schichten ausgehen.<sup>40</sup> Sie verhindern den Zeitwohlstand, der für die Tätigkeitsgesellschaft nötig wäre, aber sie beweisen nicht, dass er unerwünscht ist.

Jedoch können sie die Entwicklung zur Tätigkeitsgesellschaft vereiteln, denn solange die Überzeugung vorherrscht, man habe keine andere Wahl, als sich mit Mehrarbeit vor dem drohenden Abstieg zu schützen, weil unterhalb des erreichten Güterwohlstands kein angemessenes Leben möglich sei, gibt es keine Bereitschaft zur Veränderung. Denn je verbreiteter eine Information, desto stärker wird auch beim einzelnen der Glaube an ihre Wahrheit.<sup>41</sup>

---

<sup>38</sup> Kasser, Tim (2002). *The high price of materialism*, S. 21. Cambridge/Mass.: MIT Press. Kasser gibt eine umfassende Übersicht über die empirische Forschung zu diesem Thema.

<sup>39</sup> Vgl. Scherhorn, Gerhard (2007). Nachhaltige Lebensstile: Balance zwischen Haben und Sein. In: Ch. Beck & W. Fischer (Hg.): *Damit alle leben können*, S. 63–81. Erkelenz: Altius Verlag.

<sup>40</sup> Frank 2007 *Falling behind*, a.a.O. (Anm. 24)

<sup>41</sup> Kahneman, Daniel & Tversky, Amos (1974). Judgement under uncertainty: Heuristics and biases. *Science*, 185, 1124–1131.